FRIEDENS JOURNAL

Aufgabe der Friedensbewegung: Internationale Solidarität

- Palästina und die deutsche Schuld
- Kriminalisierung von Kurden: 30 Jahre PKK-Verbot
- Asylpolitik: Menschenrechtsabbau statt Bekämpfung von Fluchtursachen
- Wirtschaftsblockaden: Ein Fußtritt für Menschenrechte und Solidarität
- Kubafeindlichkeit und aktive Solidarität
- Internationaler Friedenskongress in Wien

Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Juli – Aug. 2023/Nr. 4

Aufgabe der Friedensbewegung: Internationale Solidarität

Inhalt

Palästina und die deutsche Schuld	3
Kriminalisierung von Kurden: 30 Jahre PKK-Verbot	6
Türkischer Drohnenterror in Nordsyrien	7
Asylpolitik: Menschenrechtsabbau statt Bekämpfung der Fluchtursachen	8
Flucht und Migration: Lob der Schlepper und Schmuggler	9
Weltflüchtlingstag: „Flüchtlingswelle“, Push-backs und EU-Asylsystem	10
Wirtschaftsblockaden: Ein Fußtritt für Menschenrechte und Solidarität	11
Das Elend in Syrien	13
Buchbesprechung: Afghanistan	14
Phrasenwörterbuch: „Solidarität“	15
Kubafeindlichkeit	16
USA: Kuba-SolidaritätsaktivistInnen	17
Internationaler Friedenskongress in Wien	18
Italien: Staffellauf für den Frieden	19
Ramstein-Demo / Zeitung gegen den Krieg	20

Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:
Lühr Henken, Joachim Guilliard, Werner Ruf, Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

Internetausgabe:
auf **www.frieden-und-zukunft.de**
mit digitalem Archiv ab 2010.
ISSN 2193-9233

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2.7.2023

Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Autoren- und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung dieser Ausgabe unter https://frieden-und-zukunft.de/fj-archiv/

Liebe Leserinnen und Leser,

in der letzten Ausgabe haben wir die diplomatischen Initiativen aus dem globalen Süden behandelt, die naturgemäß auf Regierungsebene erfolgen. In dieser Ausgabe geht es um die Zivilgesellschaft in Ländern des globalen Südens, die unsere solidarische Unterstützung erfordert. Herausgekommen ist mit den hier vorliegenden Beiträgen eine Zusammenstellung über deutsche Verhältnisse im Umgang mit MigrantInnen, Migrationsursachen sowie Behinderungen und Diffamierungen internationaler Solidarität.

Diese beinhalten polizeiliche Repression (Palästinenser), gerichtliche Strafverfahren (Kurden), politische Ignoranz durch eine „feministische Außenpolitik“ (Kurden in Nordsyrien), Brutalisierung der Behandlung von Flüchtlingen (EU-Asylsystem), Feindschaft gegen das kubanische Gesellschaftsmodell (Verhinderung von politischem und kulturellen Austausch) und nicht zuletzt die gravierenden Menschenrechtsverletzungen durch Wirtschaftsblockaden (hier: Syrien, Iran und Afghanistan).

Dieses erfolgt in einer Zeit, wo die Friedensbewegung nicht nur in Deutschland massiven Diffamierungen ausgesetzt ist. Vorwürfen mit Schlagwörtern wie „rechtsoffen“ kann aber entgegen gehalten werden, dass nicht nur der Antimilitarismus, sondern in selbigem Maße auch die internationale Solidarität im schroffen Gegensatz zu rechtsextremer Ideologie stehen.

„*Solidarität der Völker*“ war bereits Ende des 19. Jahrhunderts eine auf damaligen Weltfriedenskongressen formulierte Kernforderung. Aus der Mitte des 20. Jahrhunderts ist zudem der Satz von Che Guevara überliefert: „*Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker*“.

In heutigen Zeiten werden aber solche Bezüge diffamierend mit „völkische Ideologie“ übersetzt. Diese Sprachverdrehung erfolgt vor dem Hintergrund einer „rechtsoffenen“ Bundesregierung, die – versteckt hinter einem transnationalen Konsens auf EU-Ebene – die totale Negation internationaler Solidarität betreibt. Das heißt: Hierfür braucht es keine AfD, die in jüngster Zeit ihre rassistische Haltung und Deutschtümelei hinter Friedensdemagogie verstecken kann.

Zur internationalen Solidarität gehört auch die bereits vorhandene Vernetzung der Friedensbewegung – gerade in Anbetracht der genannten Diffamierungen, was sich auch mit den organisatorischen Schwierigkeiten des kürzlich stattgefundenen internationalen Friedenskongresses in Wien gezeigt hat.

Dessen ungeachtet besteht Grund zu vorsichtigem Optimismus. Vielleicht wird das Jahr 2023 als wirkliche globale Zeitenwende eingehen, mit dem Bankrott der „westlichen Werte“ und entschlossenen Friedensinitiativen aus dem globalen Süden. Vorausgesetzt, dass damit tatsächlich ein dringend notwendiger Waffenstillstand in der Ukraine und darauf basierende Friedensverhandlungen erzwungen werden.

Jüngste Aktionen der Friedensbewegung haben gezeigt: Bei den Teilnehmerzahlen ist zwar noch viel Luft nach oben, diese werden mittlerweile aber verstärkt international zur Kenntnis genommen (siehe Seite 20). Schließlich sind Friedensaktivitäten in dem Land Europas, das durch Regierungspolitik und weitestgehend mediale Gleichschaltung sich globalen Friedensinitiativen zur Beendigung des Ukraine-Krieges am stärksten widersetzt, auch ein international starkes Signal sowohl für Regierungsinitiativen wie auch für solidarisches Handeln.

Karl-Heinz Peil

Mehr Informationen auf der Homepage des Bundesausschusses Friedensratschlag: www.friedensratschlag.de
Ständige Rubriken:
Berichte und Analysen – Medienkritik – Standpunkte in der Friedensbewegung – Aktuelle Aktions-Termine – Aktuelle Online-Termine

Palästina und die deutsche Schuld

von Gerhard Hanloser

Der 20. Mai 2023 als Lehrstück: Der palästinensischen Leiderfahrung kann in Deutschland anscheinend nicht angemessen gedacht werden.

Einige jüdische Aktivisten aus Berlin hatten am Samstag, den 20. Mai, zu einer Kundgebung in Berlin-Kreuzberg aufgerufen, um Solidarität mit Palästinensern und ihren Anliegen auszudrücken.

Sie erklärten, dass sie sich sorgen, wenn deren Gedenken an die "Nakba" genannte Vertreibungen im Zuge des israelischen Gründungskrieges von deutscher Staatsseite unterbunden wird. Die Nakba verweist auf die Anfangszeit Israels und des Israel-Palästina-Konflikts.

Die Nakba

Einen Tag nach der Unabhängigkeitserklärung des jüdischen Staates rückten am 15. Mai 1948 reguläre Armeeeinheiten einer Allianz, die von den arabischen Staaten Ägypten, Syrien, Libanon, Jordanien und Irak gebildet worden war, in das ehemalige britische Mandatsgebiet ein und griffen Israel an.

Im Zuge dieses ersten Nahostkriegs, der mit einem eindeutigen militärischen Sieg Israels endete, wurden 750.000 bis 800.000 palästinensische Araber, mehr als jeder zweite arabische Bewohner, Flüchtlinge. Lange hielten sich in Israel diverse Gründungsmythen über den Krieg, wie jener zum Beispiel, dass die Palästinenser alle freiwillig geflohen seien.

Neue Historiker in Israel

Ab 1987 zerpflückten die sogenannten Neuen Historiker in Israel wie Simha Flapan diese selbstlegitimatorischen Behauptungen. Historisch erwiesen ist, dass es zu systematischer Entrechtung und etlichen Massakern im Zuge des Gründungskrieges kam. Die Vorgeschichte des Krieges und der Nakba skizzierte in einer atemberaubenden Schrift der israelische Historiker Tom Segev: "*Es war einmal ein Palästina: Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels"*.

Es ist ein Monumentalwerk aus dem Jahre 1999, das deutlich macht, dass in Palästina ein komplexes Beziehungsgeflecht zwischen Juden, Arabern und britischer Kolonialmacht besteht, das einen dauerhaften Konflikt um Land hervorrufen muss und tiefe Wunden bei Juden wie Palästinensern riss.

Berlin: Communities der Palästinenser

Berlin ist Migrationsstadt. Hier leben Nachfahren jener Araber, die 1948 vertrieben wurden. Aber auch Palästinenser, die im Zuge der darauffolgenden kriegerischen Konflikte wie dem Libanonkrieg in den 1980ern nach Deutschland migrierten. Man spricht von mehreren Migrationsgenerationen.

Die erste Generation bezeichnet jene nicht im Land geborenen Migrantinnen und Migranten und müsste nochmals in Bezug auf Palästinenser als die 1948er-, 1967er- und 1980er-Generationen ausdifferenziert werden. Angehörige der ersten Migrationsgeneration teilen verschiedene Generationserlebnisse. Sie verbindet, dass sie entweder Kinder von Betroffenen der Massenvertreibungen von 1947/48 sind, oder diese als Kinder selbst erlebt haben und damals nicht handlungsmächtig waren.

Laut der Politikwissenschaftlerin Sarah El Bulbeisi scheint für *"PalästinenserInnen im Exil Palästinensischsein eine identitätskonstituierende Form angenommen zu haben, wobei die gewaltvolle Erfahrung von Missachtung erfahrener Gewalt und der Auslöschung von Identität nachwirkt*".

Allerdings konnten sich viele Palästinenserinnen und Palästinenser in Städten wie Berlin gegen alltäglichen und institutionellen Rassismus stabile Communities und Netzwerke schaffen. In arabischen Staaten blieb die Integration palästinensischer Araber in die Gesellschaften weitgehend aus. Als Staatenlose mussten diese jahrzehntelang, zuweilen bis heute, in Flüchtlingslagern leben.

Berlin: Magnet für jüdische und israelische Menschen

Berlin ist auf der anderen Seite ein Magnet für jüdische und israelische Menschen, die hier arbeiten, feiern und sich engagieren. Die eindeutig rechtsradikale Regierungskoalition in Israel und der sich beständig ausweitende und zuspitzende Konflikt rund um die besetzten Gebiete, aber auch soziale Krisenphänomene wie Wohnungsnot und Lebensmittelteuerung, führen dazu, dass viele junge Israelis ihrem Land den Rücken kehren.

Dies wird in Zukunft Berlin noch diverser machen. Der Israel-Palästina-Konflikt ist mittlerweile aufgrund seiner Länge, seiner religiösen Aufladung und seiner langjährigen globalen Instrumentalisierung von allen möglichen Seiten mehr als ein Konflikt um Land.

Zuweilen hat er Züge eines Weltanschauungskriegs und eines Religionskrieges. Als solcher strahlt er aus – in französische Vorstädte, aber auch nach Deutschland von Berlin bis Gelsenkirchen.

"Jüdische Berliner*innen fordern das Recht auf Erinnerung"

Vor diesem Hintergrund kam der Demonstration unter dem Motto *"Jüdische Berliner*innen fordern das Recht auf Erinnerung - auch für Palästinenser*innen*" eine besondere Bedeutung zu. Jede Stimme eines Juden oder Israeli, die sich gegen Besatzung ausspricht, unterläuft eine Freund-Feind-Scheidung, die nicht nur von Judenhassern und Antisemiten aller möglichen Couleur vorgenommen wird, die "Israel" und "Juden" synonym setzen, sondern auch von den vorgeblich anti-antisemitischen deutschen Israelsolidarisierern, die aus welcher Motivation auch immer meinen, man setze sich besonders tapfer für Juden ein, wenn man die Israelfahne schwenkt.

Tatsächlich gibt es ein krasses Auseinandertreten der Erinnerungsmöglichkeiten für Juden und für Palästinenser in Deutschland. Das kann nicht nur in der Monstrosität des Holocaust liegen und auch nicht daran, dass Deutsche Auschwitz verbrochen haben.

Der palästinensischen Leiderfah-

rung kann in Deutschland aus verqueren erinnerungspolitischen wie ebenso falscher Staatsräson anscheinend nicht angemessen gedacht werden.

Das zeigt beispielsweise der Deutsche Evangelische Kirchentag der gegenüber einer Nakba-Ausstellung ein Verbot aussprach. Diese repressive Eindeutigkeit ist besonders vor dem Hintergrund einer tief ambivalenten Haltung der Evangelischen Kirche zum Israel-Palästina-Konflikt ein Novum.

Nürnberg, Platz am Weißen Turm, 09.06.2023 (Evangelischer Kirchentag), Quelle: www.lib-hilfe.de

Demonstrationsverbote

Aktives Verschweigen der Nakba soll auch auf deutschen Straßen mittels Demonstrationsverboten durchgesetzt werden. Bereits 2022 hagelte es eine ganze Reihe von hochrichterlich sanktionierten Verboten des Grundrechts auf Demonstrationsfreiheit.

Wegen des Verbots der für vergangenes Jahr geplanten Demonstrationen klagen der Verein "*Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost – EJJP Deutschland*" zusammen mit dem Zusammenschluss "Palästina spricht" gegen die Stadt Berlin.

Der 20. Mai erwies sich dazu als Lehrstück. Als einzige Demonstration zum Nakba-Komplex wurde lediglich die besagte Demonstration zugelassen, die von jüdischen Aktivist:innen angemeldet wurde – auf dem Oranienplatz in Kreuzberg, nicht in Neukölln, wo viele Palästinenserinnen und Palästinenser leben und arbeiten.

Bunte Zusammenkunft

Es war eine bunte Zusammenkunft aus Queer-Aktivist:innen, jüdischen deutschen wie nicht-deutschen Linken, Palästinensern und mit ihnen sich solidarisch fühlenden Menschen mit Wurzeln im globalen Süden, Kommunistinnen und andere Sozialisten. Redebeiträge, die mit der Anrede "Liebe Genossinnen und Genossen, Liebe Freunde Palästinas" begannen, brachten die Zusammensetzung der Kundgebung auf den Punkt.

Einige Redebeiträge sprachen dem deutschen Staat, immerhin und nach wie vor Rechtsnachfolger des "Dritten Reiches" ab, das Erinnern steuern zu wollen. Viele Demonstrationsteilnehmer trugen Pullis oder Schilder, auf denen der Slogan steht "Free Palestine from German Guilt".

In Redebeiträgen wurde deutlich gemacht, dass man als Teil einer solidarischen globalen Linken mit wenig bis keiner Berührung zur deutschen Verbrechensgeschichte an den Juden sich von deutscher Justiz und ausführenden Organen nicht vorschreiben lassen will, wie, mit wem und in welcher Sprache man sich einer Gewaltgeschichte erinnern will.

In einem sehr blumigen Redebeitrag einer jüngeren palästinensischen Aktivistin wurde deutlich, dass sich viele der hier versammelten Protagonistinnen und Protagonisten als Internationalistinnen und Internationalisten sehen:

Die Rede ging von "*unseren Genoss*Innen aus Syrien, die gerade ganz besonders Schmerz und Einsamkeit erfahren, in einer Welt, die erneut die Verbrechen des Assad-Regimes normalisiert*", angesprochen waren auch *"... unsere Genoss*innen aus Ägypten, aus dem Libanon, aus der West-Sahara, aus Armenien, aus dem Sudan, aus Afghanistan, aus dem Jemen, aus Algerien, aus Armenien, aus dem Iran, aus Kurdistan, aus Südamerika, unsere Ealam Tamilischen und jüdischen Genoss*Innen, unsere Genoss*innen aus der ganzen Welt*".

Die Rednerin beteuerte: "*Eure Stimme hier zu hören, ist das einzig wahre Zeichen der Solidarität in einem Land, das jeden Tag versucht, unsere zu ersticken.*" Die Rede war ein militantes, zuweilen polit-kitschiges Traktat "*gegen den zionistischen Siedlerkolonialismus und seinen militärischen Apparat*".

Der Redebeitrag der jungen Aktivistin endete mit der ins Deutsche übertragenden Parole "From the river to the sea, Palestine will be free" (Vom Fluss bis zum Meer, Palästina wird frei sein").

Als deutsche Linke noch Teil der globalen Revolte von 1968 waren, sprachen sie sich in ähnlicher Absicht für einen radikalen Antizionismus aus. Dieser reflektierte gerade auf die Verdrängung der deutschen Schuld und attackierte den wohlfeilen philosemitischen Habitus, den die deutschen Nachkriegseliten an den Tag legten.

Sie kritisierten Wiedergutmachungszahlungen des deutschen Staates und Rüstungsgeschäfte mit Israel als "Ablasshandel" und "Abschlagszahlungen auf den Holocaust", wie der linke 1970er-Jahre Aktivist Eike Geisel.

Niemand Geringeres als die jüdische deutsch-französische 1968er-Ikone Daniel Cohn-Bendit formulierte im Frühjahr 1969 bei einem Besuch in Israel im Geiste des auf globale Rätemacht tendierenden Internationalismus, den sich die Neue Linke angeeignet hatte: *"Ich bin gegen den jüdischen Staat, gegen die arabischen Staaten, ich bin für einen sozialistischen und freien Nahen Osten, offen für alle, die in einer Gesellschaft leben wollen, die von Arbeiter- und Bauernräten regiert wird."*

Allerdings gab es in der Neuen Linken und vor allem den 1970er-Jahre-K-Gruppen auch eine kaum reflektierte Anti-Israel-Haltung, die über den Rahmen antiimperialistischer Politik hinausging. An den Rändern der militanten Linken kam es sogar zu antisemitischen Aktionen und problematischen Semantiken.

Kenntnislose Medienberichte, Intifada und Gewalt

Wenn die junge Aktivistin in ihrem Redebeitrag erklärt: "Wir sind die erste Intifada, wir sind die zweite Intifada und wir werden die dritte Intifada sein", müsste sie gefragt und geklärt werden, welche Form diese dritte Intifada ihrer Meinung nach an-

nehmen soll.

Denn die erste Intifada folgte mit Generalstreik und zivilem Ungehorsam der Logik des "non-violent protest", auch wenn palästinensische Jugendliche Steine auf Soldaten warfen.

Die zweite Intifada allerdings trug mit Messerangriffen und Selbstmordanschlägen ein terroristisches Gesicht. Ein starkes Argument für BDS als Boykotttaktivismus ist ja, dass er sowohl mit dem 1970er-Jahre Terrorismus der Flugzeugentführungen, als auch mit der Logik der Selbstmordanschläge bricht. Die ominös beschworene "dritte Intifada" hat sich hier klar zu entscheiden.

Es hätte für Medien- und Pressevertreter auf dem Oranienplatz am 20. Mai also eine Menge zu recherchieren und interessiert nachzufragen gegeben, allein: Sie hatten anderes zu tun, nämlich Portraitfotos der Demonstrierenden zu schießen und später das ohnehin schon feststehende Urteil mit einigen, wenig beweiskräftigen Filmsequenzen zu untermalen.

Die Berichterstattung in den berlinbezogenen Medien wie Tagesspiegel und Berliner Zeitung waren von Verstellungen und Verdrehungen geprägt.

Die Berliner Zeitung behauptete am 22.5.: *„Antisemitismus in Kreuzberg: 100 Palästinenser-Anhänger stören jüdische Kundgebung.*" Unter der Titelzeile ist ein Bild zu sehen, das die Unterschrift trägt: "*Polizisten führen pro-palästinensische Demonstranten ab"*.

Der jüdische Aktivist Yossi Bartal kommentierte auf Twitter: *"Liebe @berlinerzeitung - Dieser Titel und dieser Untertitel sind lächerlich - mit dem Bild eines jüdischen Künstlers, der von der Polizei abgeführt wird, wirkt aber schon wie eine Satire!"*

Tatsächlich zeigt das Bild den Künstler Adam Broomberg, der wenige Minuten davor von deutschen Polizisten äußerst brutal zu Boden gebracht wurde, dessen Hände hinter dem Rücken gefesselt wurde und auf dem mehrere Polizisten zwischenzeitlich knieten.

Bartal ergänzte auf Twitter: "*Zumindest in einem Punkt stimmten die Warnungen vor pro-palästinensischen Proteste: Zwei Juden wurden nach Auflösung der Demo von einer Menge geschlagen und auf den Boden geworfen. Täter war aber die Polizei."*

Völlig kenntnislos und entgegen den Fakten berichteten die Medien: *"Trotz des Verbots einer geplanten palästinensischen Demonstration in Berlin ist es am Samstagnachmittag zu antisemitischen Übergriffen in Kreuzberg gekommen.*"

Damit arbeiten diese Medien deutschen politischen Vertretern zu, deren Urteil ohnehin schon feststeht und die eine klare politische Agenda verfolgen. Für Fragen des Antisemitismus gibt es mittlerweile in Deutschland Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung sowie für Bundesländer und Kommunen.

In der Auswahl dieser Personen wird deutlich, dass Deutschland nicht nur ein Antisemitismus-Problem hat, sondern auch ein Antisemitismusbeauftragten-Problem.

Felix Klein, Beauftragter für den Bund, fiel schon des Öfteren mit falschen Beschuldigungen auf. Zuletzt war sogar ein ganzes Buch dem Mbembe-Skandal gewidmet, in dem der Antisemitismusbeauftragte auf Gerüchte hin dem kamerunschen Philosophen "Antisemitismus" unterstellte und seine Auftritte in Deutschland canceln wollte.

"From the river to the Sea – Palestine will be free"

Tatsächlich wäre viel zu klären und zu diskutieren, beispielsweise, ob "*From the river to the Sea – Palestine will be free*", also die Parole, die auch die Polizei zum Anlass nahm, derart heftig in die friedliche Demonstration einzugreifen, antisemitisch ist, bzw. Juden hier oder im Nahen Osten in ihrer Existenz bedrohe.

Es gibt hierzulande Versuche, diese Parole der PFLP zuzuordnen, einer Organisation, die vom Verfassungsschutz unter *"säkulare extremistische Palästinenser"* gehandelt wird. In dieser Repressionslogik könnte der Slogan nach Paragraf 86 als "*Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger und terroristischer Organisationen*" kriminalisiert werden.

International wird um die Interpretation des Slogans gerungen. Der palästinensisch-US-amerikanische Schriftsteller Yousef Munayyer und politischer Analyst aus Washington, D.C., USA, der eine US-Kampagne für die Rechte der Palästinenser ein Gesicht gab, bestreitet in der Zeitung Jewish Currents, dass die Parole antisemitisch oder antijüdisch sei.

Auch Maha Nassar, Assistenzprofessorin für Studien des Nahen Ostens an der Universität von Arizona verteidigt in der unabhängigen jüdischen Zeitung Forward Marc Lamont Hill, einen politischen Kommentator, der durch CNN gefeuert wurde, nachdem er öffentlich für "a free Palestine from the river to the sea" votierte.

Die Parole ist, wie vieles im Feld der "Israelkritik", kontext- und sprecherabhängig. Angesichts von Okkupation und einem israelischen Siedlerkolonialismus ohne klare Grenzen und mit expansiven Tendenzen ist die Parole wohl in erster Linie eine gegen die israelische Besatzung.

Objektiv problematisch und kritikwürdig ist die Parole, weil sie offen lässt, wo Israel geblieben ist und was mit den dort lebenden Juden in einem "freien Palästina" passieren soll. Schließlich gibt es islamistische Bewegungen, die ganz Palästina als islamischen Staat anstreben und tatsächlich den Juden in Palästina ihr Selbstbestimmungsrecht streitig machen wollen.

Für die Veranstalter auf dem O-Platz gilt letzteres gerade nicht. Sie und ihre Freund:innen und Genossen machen deutlich, dass es um eine universelle Befreiung gehen würde.

In einem Video, das auch die Vorfälle auf dem Oranienplatz richtigstellt, bekräftigen sie, dass der Slogan als legitimes Statement gegen Besatzung zu rezipieren sei. Als Frankreichs Rechte 1968 mit antisemitischen Ressentiments gegen Cohn-Bendit vorgehen wollte, war der Ruf "*Wir sind alle deutsche Juden*" die Solidarität bekräftigende Parole der rebellischen Jugend auf den Pariser Straßen.

Als am 20. Mai auf dem Oranienplatz in Berlin ein Teil der Demonstration von deutscher Polizei angegriffen wurde, war "From the Ocean ..." die sicherlich moralisch und realpolitisch weit fragwürdigere Chiffre und Bekundung, sich in seinem Anliegen nicht spalten zu lassen.

Der Beitrag erschien ungekürzt bei Telepolis – siehe Online-Ausgabe.

Kriminalisierung von Kurden: 30 Jahre PKK-Verbot

von Kerem Schamberger

Hinweis der Redaktion: Der nachfolgende Beitrag wurde bereits Ende 2021 veröffentlicht und hat (leider) an Aktualität nichts verloren. Von Kerem Schamberger, zusammen mit Alexander Glasner-Hummel und Monika Morres, erscheint im Herbst das Buch „Geflohen. Verboten. Ausgeschlossen".

Und jährlich grüßt das Murmeltier, wenn tausende Menschen an einem verschneiten oder verregneten Samstag Ende November in der Hauptstadt gegen die Verfolgung der kurdischen Freiheitsbewegung hierzulande protestieren. Das mag nach Ritual aussehen, ist aber aktueller denn je. Denn nach wie vor werden KurdInnen in Deutschland wegen ihrer politischen Aktivitäten verfolgt – und das abseits medialer Öffentlichkeit und damit gesellschaftlicher Aufmerksamkeit.

Es finden Einschränkungen grundlegender Rechte statt, die viele in Deutschland nicht für möglich halten würden. Grundlage hierfür ist das am 26. November 1993 durch den damaligen Innenminister Kanther ausgesprochene sogenannte Betätigungsverbot für die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und ihr angegliederte Organisationen.

Ein Geschenk an den NATO-Partner Türkei, dessen Terror-Definition man einfach übernahm. Zudem konnten so auch die an die türkische Armee verschenkten NVA-Kriegsgeräte gerechtfertigt werden.

Als Anfang der 1990er-Jahre Bilder von Newroz-Feierlichkeiten um die Welt gingen, die von türkischen Soldaten niedergemetzelt wurden, gab es Empörung, dass dabei auch deutsche Waffen zum Einsatz kommen könnten. Nach dem 26. November 1993 war es dann – schwuppdiwupp – Hilfe im Kampf gegen den Terrorismus. Und das ohne, dass es dafür einen 11. September gebraucht hätte.

Deutsche Sicherheitsbehörden: Kreativ gegen Kurden

Hiesige Sicherheitsbehörden legen bei der Verfolgung politisch aktiver Kurden eine Kreativität an den Tag, die man in deutschen Beamtenstuben nicht vermutet hätte – es handelt sich um eine mehrdimensionale Repression, die sich auf alle Lebensbereiche erstreckt und bei weitem nicht nur auf das Politische begrenzt ist. Wenn auch nicht massenhaft, so werden einzelne kurdische AktivistInnen immer wieder zu Haftstrafen verurteilt. Derzeit sitzen elf Menschen in Untersuchungs- beziehungsweise in Strafhaft.

Insgesamt sind es seit 1993 mehr als 180 Menschen, die zum Teil zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden sind. Die Anklagen basieren auf § 129a/b des Strafgesetzbuches, also der „*Bildung terroristischer Vereinigungen*". Der Zusatzpunkt b wurde erst im Jahr 2002 aufgenommen, um auch die Unterstützung vermeintlicher ausländischer „*terroristischer Vereinigungen*" in Deutschland anklagen zu können.

Erfolgt eine Verurteilung ohne Haftstrafe, beinhaltet sie meist ein politisches Betätigungsverbot. Betroffenen werden grundlegende Freiheitsrechte entzogen. Sie dürfen nicht mehr auf Demonstrationen und politische Versammlungen gehen, dürfen den Landkreis, in dem sie wohnhaft sind, nicht verlassen und müssen sich regelmäßig bei der Polizei melden.

Auf niedrigerer Ebene gibt es zudem Anklagen gegen hunderte Menschen, weil sie auf Demonstrationen oder im Internet Symbole der kurdischen Freiheitsbewegung gezeigt oder sogar nur ein Foto von Abdullah Öcalan in der Hand getragen hatten.

Den Prozessen vorgelagert sind häufig Hausdurchsuchungen zur angeblichen Beweissicherung, die einschüchternd wirken und politische Strukturen durchleuchten sollen. Diese Form der Repression trifft auch Menschen ohne kurdischen Hintergrund, die solidarisch an der Seite der KurdInnen stehen.

Gesinnungsschnüffelei und Überwachung exzessiv

Zudem finden massive Eingriffe in die digitale Privatsphäre statt. So werden Nutzerprofile von tausenden Menschen in den Sozialen Netzwerken tagtäglich kontrolliert und überwacht. In manchen Polizeidienststellen gibt es eigene Beamte, die einen großen Teil ihrer Arbeitszeit genau darauf verwenden: zu kontrollieren wer wo was postet. Finden sich dort dann kurdische Symbole, die Polizei und Staatsanwaltschaft für verboten halten, werden Ermittlungen eingeleitet.

Bei Hassrede oder rassistischen Äußerungen im Netz vermisst man hingegen ein solch starkes Engagement. In diese staatliche Überwachungs- und Verfolgungspolitik reiht sich nahtlos eine konzerneigene Zensurpolitik von Meta & Co ein, die weltweit Inhalte der kurdischen Freiheitsbewegung zensieren, Accounts sperren, NutzerInnen löschen und mit den Strafverfolgungsbehörden kooperieren und somit die staatliche Verfolgung unterstützen.

Auch Kunst und Kultur im Fadenkreuz

Das PKK-Verbot bringt auch gravierende Eingriffe in die Freiheit der Kunst und Literatur mit sich. Kunst- und Kulturveranstaltungen werden von städtischen Behörden oder der

Polizei verboten, weil auf diesen angeblich für eine „terroristische Vereinigung“ geworben werde. Im Februar 2019 wurde der Buchverlag Mezopotamien und die Musikproduktionsgesellschaft Mir verboten.

Tausende Bücher wurden beschlagnahmt, darunter kurdische Kinderbücher, Sprachbücher, aber auch ins Kurdische übersetzte Werke von Noam Chomsky, John Steinbeck und vielen anderen. Das größte kurdische Musikarchiv der Welt wurde ebenfalls konfisziert und befindet sich seitdem in irgendeinem Asservatenraum der Bundesrepublik.

Ein weiteres beliebtes Mittel auf der Klaviatur der Repression – mit dem Ziel politische Konformität zu erzwingen – sind Drohungen, den rechtlichen Aufenthaltsstatus von KurdInnen zu verändern. Das heißt: obwohl sie in ihrem Herkunftsland Folter und Haft, manchmal sogar den Tod, zu erwarten haben, bedrohen deutsche Behörden politisch aktive KurdInnen immer häufiger damit, ihnen das Aufenthaltsrecht zu entziehen. Damit droht ihnen eine Abschiebung in die Türkei. Oft wird auch einfach der Aufenthaltsstatus geändert: obwohl sie jahrelang eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung hatten, müssen sie nun alle paar Monate oder Wochen eine Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis beantragen, immer mit der Furcht, einen negativen Bescheid zu bekommen und abgeschoben zu werden.

Zugleich wird vielen KurdInnen, die seit Jahrzehnten hier leben oder sogar hier geboren wurden, die Einbürgerung verweigert, weil sie angeblich mit der PKK sympathisieren würden.

In sogenannten Sicherheitsgesprächen müssen sie und ihre Kinder Auskunft über ihre Haltung zur kurdischen Freiheitsbewegung geben. Dabei ist neben der Ausländerbehörde, die Polizei und oft auch der Inlandsgeheimdienst (der sogenannte Verfassungsschutz) anwesend.

In vielen Fällen wird die Einbürgerung wegen „*Unterstützung einer terroristischen Organisation*“ verweigert, auch wenn die Kinder hier leben, studieren und arbeiten.

Trotz all dieser Repression ist die Unterstützung für die kurdische Freiheitsbewegung in Deutschland ungebrochen. Selbst der Inlandsgeheimdienst muss in seinen alljährlichen Berichten zugeben, dass die Zahl der UnterstützerInnen in den Jahren 2005 bis 2020 von 11.500 auf 14.500 gestiegen ist.

Auch wenn diese Zahl immer noch viel zu niedrig gegriffen ist, müsste sich der deutsche Staat eigentlich eingestehen, dass seine repressiven Maßnahmen ins Leere laufen und eine andere Politik nötig ist. Statt sich zum Komplizen des AKP-Regimes zu machen, könnte er mit einer Anerkennung der PKK Friedensgespräche auf Augenhöhe zwischen türkischem Staat und der kurdischen Freiheitsbewegung ermöglichen.

Warum nicht auch auf deutschem Boden, auf dem Hunderttausende KurdInnen und TürkInnen leben. Schon allein deshalb müsste Deutschland Interesse an einer Lösung des jahrzehntelangen Konflikts haben.

Kontinuität von Doppelstandards bis heute

Und genau an diesem Punkt ist die Ampel-Koalition gefragt. Wird sie die Appeasement-Politik der Großen Koalition gegenüber Erdoğan fortsetzen – zu der auch die Verfolgung kurdischer Menschen in Deutschland gehört – oder wird sie eine Außenpolitik betreiben, die sich wirklich an Menschenrechten orientiert? Und zwar nicht nur dann, wenn es gegen Russland oder China geht, sondern gegenüber dem NATO-Partner Türkei.

Ein Blick in den Koalitionsvertrag macht da wenig Hoffnung. Die Türkei wird darin weiterhin als „wichtiger Nachbar der EU und Partner in der NATO“ bezeichnet.

Quellen siehe Onlinefassung

Türkischer Drohnenterror in Nordsyrien

Die Kampagne Women Defend Rojava verurteilt türkische Drohnenangriffe gegen Nord- und Ostsyrien und kritisiert ausbleibende Reaktionen.

Der ignorierte Drohnenkrieg der Türkei gegen die Autonomieregion Nord- und Ostsyrien (AANES) hat am Dienstag seine vorerst letzten Opfer gefordert: Yusra Derwêş (Darwish), Lîman Şiwêş und Firat Tuma. Es handelt sich um ziviles Personal der Selbstverwaltung, die gezielt von einer türkischen Killermaschine getötet wurden – eine klare Verletzung des Völkerrechts. Doch Reaktionen der Staatengemeinschaft bleiben aus. Zwei der Todesopfer waren Frauen.

Die Kampagne Women Defend Rojava sieht in dem Kriegsverbrechen einen „Angriff auf Frauen, die für ein freies Leben kämpfen und die Philosophie von Jin, Jiyan, Azadî mit Leben füllen“, und bezeichnet es als staatlichen Feminizid. […]

Es ist für uns daher keine Überraschung, dass die Staaten nun auch bei den Angriffen in den vergangenen Tagen keine Reaktion zeigen, sondern sich in Schweigen hüllen. Auch die deutsche Bundesregierung mit ihrer angeblichen feministischen Außenpolitik schweigt zu den gezielten Angriffen durch den NATO-Partner Türkei. […]

Die internationale Staatengemeinschaft versucht die alltäglichen Angriffe in Nord- und Ostsyrien zum „Normalzustand“ werden zu lassen. Wenn wir uns die aktuellen Reaktionen in den Medien, in der Gesellschaft und auf der Straße anschauen, müssen wir selbstkritisch sagen: Die Taktik der Staaten wirkt. Der alltägliche Drohnenkrieg in Nord- und Ostsyrien wird mehr und mehr zum Alltag, auch unsere Reaktionen darauf werden weniger.

Quelle: ANFNews, 21.6.2023

Asylpolitik: Menschenrechtsabbau statt Bekämpfung von Fluchtursachen

von Bernhard Trautvetter

Am "Nicht eingereist" auf europäischem Boden: Wie die Asylpolitik der EU und der Bundesregierung Rechtsextreme stärkt. Und warum behauptet wird, das helfe Geflüchteten.

Die Asylpolitik der Bundesregierung und der EU läuft auf eine praktische Aussetzung des Asylrechts für eine Vielzahl der Flüchtenden und Migranten hinaus. Die von den EU-Innenministern am 8. Juni vereinbarte Reform sieht einen deutlich strikteren Umgang mit ihnen vor – allem wenn sie aus als sicher eingestuften Staaten kommen – das umfasst unter anderem die Balkanstaaten, Marokko, Senegal und Ghana.

Beispielsweise zu Ghana lesen wir aber im Länderbericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International über die Zustände im vergangenen Jahr:

Es gab zahlreiche Verstöße gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung, und die Polizei übte exzessive Gewalt aus. Nach wie vor fanden rechtswidrige Zwangsräumungen statt. (...)

Ein Gesetzentwurf, der lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LGBTI+) weiter kriminalisiert, wurde noch immer im Parlament behandelt. Frauen erfuhren weiterhin Diskriminierung. Es gab Berichte über Kinderarbeit.

Amnesty International / Ghana 2022

Auch die Todesstrafe ist dort bisher nicht abgeschafft, auch wenn sie in den letzten Jahren nicht mehr vollstreckt wurde.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) nennt den sogenannten Asylkompromiss "historisch". Andere, auch aus den Reihen der Bündnisgrünen, kritisieren: *"Die Vorschläge werden Flüchtlinge nicht nur massiv entrechten und Rechtsstaatlichkeit weiter schleifen"*.

Amnesty kritisiert die Einrichtung von so genannten Asylzentren für Schutzsuchende die an den EU-Außengrenzen vorgesehen sind: In diesen Grenzlagern gelten sie als "nicht eingereist", obwohl sie sich zweifelsfrei auf europäischem Boden befinden.

"Das ist eine alte Idee aus der Ära von Horst Seehofer, dem die neue Bundesregierung nun offenbar ohnehin auf allen Ebenen nacheifert. Absehbar führt dies zur Inhaftierung der asylsuchenden Menschen", so die Menschenrechtsorganisation. Betroffene seien oft noch von der Flucht traumatisiert und in einem psychischen Ausnahmezustand. Eine Inhaftierung belastet sie zusätzlich "und wirkt wie eine Bestrafung dafür, einen Asylantrag gestellt zu haben".

Mit der erneuten Asylrechtsverschärfung tragen die Bundesregierung und die EU zur weiteren Stärkung der Rechten bei, indem sie deren Forderungen übernehmen.

Cartoon: IMI-Online

Die AfD fordert beispielsweise "einen effektiveren Schutz der EU-Außengrenzen, notfalls durch die Errichtung von Grenzzäunen". Zudem seien Asylaufnahmezentren in Drittstaaten außerhalb von Europa zu schaffen. Asylverfahren müssten "deutlich verkürzt" und *"Rückführungsabkommen mit den Herkunftsstaaten"* abgeschlossen werden.

Zum EU-Grenzmanagement gehört die Flüchtlingsbekämpfung vor der Südgrenze Europas; immer wieder kommt es zu Berichten darüber, wie Flüchtende an den europäischen Außengrenzen zurückgeschickt werden.

Frontex in Hunderte Pushbacks verwickelt

Der britische Guardian berichtete vor einem Jahr, die EU-Grenzagentur Frontex sei "in *Hunderte von Pushbacks von Flüchtlingen verwickelt*". Was dann aus den Betroffenen wird, ist ungewiss.

Die UNO-Flüchtlingshilfe schreibt dazu:

Schon seit Jahren fliehen Menschen aus den Krisenregionen der Welt über das Mittelmeer nach Europa. (...) Jedes Jahr werden über 1.000 Menschen als vermisst oder verstorben registriert. 2022 starben oder verschwanden laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) mehr als 1.940 Menschen. (...) Die genaue Zahl der Opfer wird für immer im Dunkeln bleiben.

Statt Fluchtursachen wie Krieg und Umweltkatastrophen zu bekämpfen, bekämpfen die EU und mit ihr unter anderem auch die Bundesregierung ganz im Sinne der Rechten, darunter vor allem die Asylgegner AfD die Menschen, die vor Krieg und vor der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen fliehen. Die Bundesregierung sieht in der Verschärfung des Asylrechts eine Entscheidung für mehr Rechtssicherheit.

Sie spricht in ihrer Gesetzesvorlage zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren davon, dass diese dank der angestrebten "*erhöhten Effizienz und Akzeptanz der Asylverfahren*" den betroffenen Menschen

diene – unter anderem dadurch, dass sie schneller Klarheit hätten.

AfD: Führend bei Abschottung und zugleich Scheinopposition bei Ukraine-Krieg

Die Akzeptanz finden EU und Ampel-Regierung vor allem rechts, wo die AfD gerade einen Höhenflug hat, der ihr ebenso viele Wählerstimmen verheißt, wie sie die Kanzlerpartei SPD in Umfragen erhält.

Vieles von ihrer Programmatik wird weißgewaschen – mitnichten nur die Politik gegen Geflüchtete. Die AfD stellt sich mit offensichtlichem Erfolg auch als Friedenspartei dar, etwa im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg. Dabei zeigt sich bei genauem Hinsehen ein ganz anderer Charakter ihrer Militärpolitik. Sie lehnt Waffenlieferungen an die Ukraine vor allem als "Ausplünderung der Bundeswehr" ab.

Der AfD-Obmann im Verteidigungsausschuss des Bundestages, Rüdiger Lucassen, hat ein Ende der Waffenlieferungen an die Ukraine und eine Rückkehr zur Wehrpflicht in Deutschland gefordert.

Das Militarisierungsprogramm der AfD spricht Bände und steht für alles andere als Friedenspolitik oder gar eine Bekämpfung von Fluchtursachen.

Allerdings braucht es die AfD gar nicht, um andere Länder unsicher zu machen, sei es durch Anheizen der Klimakatastrophe oder durch Kriege. Im Rahmen der Nato beteiligte sich Deutschland in den letzten Jahrzehnten unter Bruch des Friedensgebots der UNO an Kriegen in der Golfregion, im Balkan und in Afrika – in Staaten, aus denen nach der durch Kriege erfolgten Zerstörung von Lebensgrundlagen ein Großteil der Flüchtlinge versucht, in die EU zu kommen.

Fußnoten siehe Online-Ausgabe, Beitrag erschien zuerst bei Telepolis am 9.6.2023

Flucht und Migration: Lob der Schlepper und Schmuggler

von Peter Novak

Sind Fluchthelfer Kriminelle oder Helden? – Mal liegen Jahrzehnte zwischen zwei Lesarten, mal sind es nur 100 Kilometer. Was auf einer ungewöhnlichen Gala in Berlin dazu gesagt wurde.

Diesen Jahrestag dürfte kaum jemand in Erinnerung behalten haben. Am 25. Juni 1986 zeichnete der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker Lisa Fittko mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse aus. Verliehen wurde es ihr für vorbildliche Leistungen auf wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Gebiet. Die Leistung von Lisa und Hans Fittko war wirklich beispielhaft. Sie hatten hunderten Verfolgten des Naziregimes in den Jahren 1940/41 bei der Flucht von Südfrankreich über die spanische Grenze geholfen. [...]

Allein in Griechenland sind Tausende Menschen inhaftiert, weil sie des Menschenschmuggels verdächtigt werden. Sie werden beschuldigt, Migranten einen Weg in die EU gebahnt zu haben. Zu diesen Gefangenen gehört Homayoun Sabetara. Er wurde zu einer Haftstrafe von 18 Jahren wegen Fluchthilfe verurteilt. Seine Tochter Mahtab Sabetara nahm für ihn die "Goldene Lisa", wie Borderline Europe den ausgelobten Preis nennt, entgegen. Hamza Haddi konnte den Preis in Berlin persönlich entgegennehmen.

In bewegenden Worten schilderte der marokkanische Menschenrechtsaktivist, wie er misshandelt worden sei und mehrere Monate in griechischen Gefängnissen verbringen musste. Ihm war von den griechischen Behörden Fluchthilfe vorgeworfen worden, weil er geholfen hatte, das gestrandete Boot, auf dem er mit vielen anderen Geflüchteten saß, an Land zu bringen. Haddi berichtete über den Schock, als sie, gerade der Todesgefahr entronnen, auf dem griechischen Festland Menschen trafen. "*Es waren Polizisten. Doch sie kamen uns nicht zur Hilfe. Sie hatten Waffen, die sie auf uns richteten*", berichtete Haddi.

Nach mehrmonatiger Haft wurde er nach einer europaweiten Solidaritätskampagne freigesprochen. Doch seine Gedanken sind bei den vielen gefangenen Fluchthelfern, die weiter in griechischer Haft sitzen. Und es kommen immer neue Gefangene dazu. Nach dem Untergang eines Flüchtlingsboots mit mindestens 85 Toten Mitte Juni sind neun Überlebende als Fluchthelfer inhaftiert. Die Vorwürfe Überlebender, dass das Schiff durch einen Pushback von der Polizei zum Kentern gebracht worden sei, hat zu keinen Festnahmen geführt.

Fluchthilfe – mal beklatscht, mal kriminalisiert

Die polnische Antirassistin Kalina Czwarnog berichtete, wie sie und ihre Mitstreiter in den letzten Jahren von der polnischen Polizei verfolgt und kriminalisiert wurden, weil sie Geflüchteten, die über die belorussische Grenze nach Polen gelangt waren, Essen und Medikamente gebracht hatten. Dabei wurden sie der Fluchthilfe bezichtigt, obwohl die Menschen, denen sie halfen, längst auf polnischen Territorium waren, aber unter menschenunwürdigen Verhältnissen und der Witterung ausgesetzt.

"Nur 100 Kilometer weiter wurden Helfer:innen willkommen geheißen, die nach dem russischen Angriff auf die Ukraine Menschen bei der Flucht nach Polen unterstützten" beschrieb Czwarnog eine Solidarität mit Geflüchteten, wie sie sich antirassistische Organisation für alle Menschen wünschen. [...]

Eine EU-weite Solidaritätskampagne steht noch aus. Flucht und Migration haben meist gute Gründe. Menschen fliehen vor allem vor schlechten Zuständen einer Weltordnung, deren Politik der Ausbeutung von Mensch und Umwelt durch Großkonzerne den roten Teppich ausrollt. Neben der Fluchthilfe sollte allerdings die Solidarität mit Menschen, die in ihren Ländern für andere gesellschaftliche Verhältnisse kämpfen, einen großen Stellenwert einnehmen.

Denn klar ist, es muss um die Rechte von Geflüchteten gekämpft werden, aber auch für das Recht, der Menschen, in ihren Geburtsleben leben zu können. Flucht und Migration sollten daher nicht verherrlicht und romantisiert werden. Es sollte vielmehr weltweit für Verhältnisse gekämpft werden, in denen es keine Flucht und keine Fluchthelfer mehr geben muss.

Quelle: Telepolis / 27.6.2023

Weltflüchtlingstag: „Flüchtlingswelle“, Push-backs und EU-Asylsystem

von: Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) - Bund der Antifaschisten

Die FIR als "Botschafter des Friedens" der Vereinten Nationen erinnert an den Weltflüchtlingstag. Der Weltflüchtlingstag wurde zum ersten Mal am 20. Juni 2001 weltweit begangen und erinnert an den 50. Jahrestag der Konvention von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge. Ursprünglich war er als Afrikanischer Flüchtlingstag bekannt, bevor er im Dezember 2000 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen offiziell zu einem internationalen Tag erklärt wurde.

Jedes Jahr am 20. Juni begeht die Welt den Weltflüchtlingstag, den internationalen Tag zu Ehren von Menschen, die zur Flucht gezwungen wurden. In diesem Jahr, 2023, konzentriert sich der Weltflüchtlingstag auf die Kraft der Integration und Lösungen für Flüchtlinge. Motto: Hoffnung fern der Heimat. Eine Welt, in der Flüchtlinge immer integriert sind.

Die Eingliederung von Flüchtlingen in die Gemeinschaften, in denen sie nach ihrer Flucht vor Konflikten und Verfolgung Sicherheit gefunden haben, ist der wirksamste Weg, um sie beim Neubeginn ihres Lebens zu unterstützen und sie in die Lage zu versetzen, einen Beitrag zu den Ländern zu leisten, die sie aufnehmen.

Zum Jahresende 2022 beträgt die Zahl der gewaltsam vertriebenen Menschen laut UNHCR weltweit rund 108,4 Millionen. Die Zahl umfasst Flüchtlinge, Asylsuchende, Binnenvertriebene und andere schutzbedürftige Menschen. Verglichen mit dem Stand von Ende 2021 sind derzeit 18 Millionen Menschen mehr auf der Flucht sind als im Vorjahr.

Zu den gewaltsam Vertriebenen gehörten 35,3 Millionen Menschen darunter 26,7 Millionen Flüchtlinge unter dem Mandat von UNHCR und 5,8 Millionen Palästina-Flüchtlinge unter UNRWA-Mandat, 62,5 Millionen Binnenvertriebene (die meisten in afrikanischen Kriegsgebieten), 4,9 Millionen Asylsuchende und 5,3 Millionen andere schutzbedürftige Menschen.

Die FIR dankt allen Staaten, transnationalen und zivilgesellschaftlichen Hilfsorganisationen, die einen positiven Beitrag dazu leisten, wenn diesen Menschen bei der Flucht geholfen wird, der Verfolgung zu entkommen und in den sicheren Ländern eine menschenwürdige Aufnahme zu finden, die im Sinne des UNHCR-Mottos helfen, diese Menschen in die Gesellschaft zu integrieren.

Leider müssen wir seit vielen Jahren erleben, dass solche Hilfestellungen von vielen Ländern Europas nicht mehr erbracht werden. Die fehlende „Solidarität“ zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zeigt sich auch darin, dass die Erstaufnahmestaaten Italien, Griechenland oder Spanien mit den großen Herausforderungen alleine gelassen werden, dass sogar mit Abschiebungen, Push-backs und andere Zwangsmaßnahme geregelte Asylverfahren außer Kraft gesetzt werden.

Quasi als negativen Beitrag zum Weltflüchtlingstag haben die Innenminister der Europäischen Union vor wenigen Tagen mit dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) eine umfassende Entrechtung von Menschen beschlossen, die sich in einer akuten Notlage befinden. So sind von nun an „Grenzverfahren“ vorgesehen, in denen zunächst kein Asylantrag geprüft wird, sondern nur, ob ein solcher überhaupt gestellt werden darf.

Letzteres kann prinzipiell verweigert werden, wenn ein Flüchtling über einen sogenannten „sicheren Drittstaat“ eingereist ist. Die Kriterien dafür, welche Länder als sichere Drittstaaten gelten können, wurden aufgeweicht. Damit können Kriegsflüchtlinge jederzeit etwa in die Türkei abgeschoben werden.

Auch die Deportation in ein weit entferntes Land, zum Beispiel nach Ruanda, ist möglich. Rechtlicher Beistand wird künftig nur eingeschränkt erhältlich sein – wenn überhaupt –, auch der Klageweg wird reduziert; das Mittel dazu ist die Fiktion, die Grenzverfahren würden noch vor der Einreise durchgeführt, also noch jenseits des Hoheitsgebiets des Staats, der das Verfahren organisiert. Flüchtlinge können während der Dauer des Grenzverfahrens an einer Weiterreise gehindert, also faktisch in Lager interniert werden.

Gegen diese Beschlüsse haben in verschiedenen Ländern Europas Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen protestiert, allein in Deutschland mehr als 50 Sozialverbände und andere Vereinigungen. Sie sehen in den Beschlüssen der europäischen Innenminister einen „Trend der Entwertung europäischer Grund- und Menschenrechte“, der „an den Grundfesten des Rechtsstaates“ rüttele.

Rund 700 Rechtsanwältinnen und Juristen warnten in einem Offenen Brief: Unterstütze die Bundesrepublik das EU-Vorhaben, dann mache sie „die Ausgrenzung von Geflüchteten in Deutschland und deren Inhaftierung und Abschiebung zu ihrem Markenkern“.

Gleichzeitig hetzen die Parteien der extremen Rechten in vielen europäischen Staaten gegen eine angebliche „Flüchtlingswelle“ und die Gewalt gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte nimmt erkennbar zu. Die FIR bekräftigt in diesem Zusammenhang ihre Aussage: Wir treten ein für ein Europa, das Nationalismus und Separatismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ablehnt, Zwangsmigration bekämpft und sich für Flüchtlinge und Minderheiten einsetzt.

Quelle: FIR Newsletter 2023-24 vom 17.6.2023

Wirtschaftsblockaden: Ein Fußtritt für Menschenrechte und Solidarität

von Joachim Guilliard

Die von den USA und der EU immer großzügiger verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Länder des Südens werden hierzulande überwiegend als Engagement für Menschenrechte und „westliche Werte" gesehen und oft von zivilgesellschaftlichen, menschenrechtlichen Gruppen unterstützt. Gleichzeitig wächst international ein grundsätzlicher Widerstand gegen sie.

Breitere Aufmerksamkeit erhielt dies im April durch eine Resolution des UN-Menschenrechtsrats, die die Abschaffung von *„unilateralen Zwangsmaßnahmen"*, wie sie hier genannt werden, fordert, da sie selbst gegen Völkerrecht und Menschenrechte verstoßen.[1]

„Westliche Werte" gegen UNO-Mehrheit und Völkerrecht

Diese Resolution ist aber keineswegs neu. Sie wird jedes Jahr, seit 2007, seit der Gründung des Menschenrechtsrats von der „Bewegung der Blockfreien Staaten" eingebracht und mit wachsender Mehrheit verabschiedet. Dieses Jahr stimmten 33 Mitglieder für eine Ächtung von eigenmächtigen Restriktionen, darunter auch Argentinien, Indien, Marokko, Pakistan und Südafrika.

Parallel verabschiedet auch die Generalversammlung der UNO regelmäßig analoge Resolutionen mit ähnlichen Mehrheiten. Bei der letzten Abstimmung im Dezember letzten Jahres stimmten 123 Staaten gegen eigenmächtige Zwangsmaßnahmen, mit denen ihrer Meinung nach die mächtigen westlichen Industriestaaten wirtschaftlich schwächere Länder zur Unterordnung zu zwingen suchen.

Die 53 Gegenstimmen kamen von den 30 Nato-Staaten, ihren engen Verbündeten und diversen Kleinststaaten. Auch diesen Resolutionen zufolge verstoßen sie gegen eine Vielzahl von international anerkannten Normen und Verträgen, wie das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf nachhaltige Entwicklung.

Vor allem aber richten sich die Resolutionen gegen die *„schädlichen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf das Recht auf Leben, das Recht eines jeden auf ein Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit und medizinischer Versorgung"* wie auch auf „das Recht auf Freiheit von Hunger und auf einen angemessenen Lebensstandard." Sie verurteilen insbesondere auch die Behinderung der humanitären Hilfe in Ländern, die von Natur- und anderen Katastrophen betroffen sind, indem sie z.B. Finanztransfers an die dort tätigen humanitären Organisationen blockieren.

Die nachvollziehbare Kritik an wirtschaftlichen Restriktionen gilt unabhängig davon, wie berechtigt deren Ziele erscheinen mögen. Denn, sobald sie effektiv sind, verletzen sie sehr schnell den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und nehmen die Bevölkerung zur Geisel für eine Politik, die sie kaum beeinflussen kann.

Zudem stehen die massiven Auswirkungen im scharfen Kontrast zur empirisch nachgewiesenen, geringen Wirksamkeit von umfassenden Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockaden − vor allem in Fällen, wo sie offiziell der Durchsetzung von Menschenrechten dienen sollen.

Wirtschaftskrieg gegen ein Drittel der Menschheit

Die USA haben aktuell − teils allein, teils gemeinsam mit der EU − gegen rund 40 Länder eigenmächtige Zwangsmaßnahmen verhängt. Bezogen auf die Bevölkerungszahl richten sie sich faktisch gegen ein Drittel der Menschheit.[2]

Die am schwersten betroffenen Länder sind schon seit Jahrzehnten mit umfassenden Wirtschaftsblockaden konfrontiert: Nordkorea seit dem Krieg 1950; Kuba seit 1960, als direkte Fortsetzung der militärischen und geheimdienstlichen Operationen der USA gegen die Revolution; der Iran und Syrien seit 1979, seit dem Sturz des Schahs.

Die aktuelle Sonderberichterstatterin des UN-Menschenrechts über deren negativen Auswirkungen, Alena Douhan, geht davon aus, *„dass etwa 98 Prozent der heute verhängten einseitigen Sanktionen gegen die internationalen Verpflichtungen der Staaten verstoßen."*[3] Obwohl sie *„meist im Namen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit verhängt"* würden, würden sie, so betonte sie in einem Interview mit der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua, *„genau diese Grundsätze, Werte und Normen untergraben"*. Ihre Recherchen hätten eindeutig ergeben, dass die Anwendung unilateraler Zwangsmaßnahmen *„das Recht auf Entwicklung beeinträchtigt und die Erreichung jedes einzelnen nachhaltigen Entwicklungsziels verhindert."*

Iran: „Die Luft zum Atmen abschnüren"

Ungeachtet der internationalen Kritik halten die USA und die EU an ihre Sanktionspolitik fest und weiten sie aus. So hat die EU auch gegen den Iran aufgrund der Repressionen gegen die letzten September aufgeflammten Proteste, neue Restriktionen verhängt.

Obwohl die islamische Republik die Lage verhältnismäßig gut im Griff hat, haben vor allem die seit 2018 wieder verschärften Blockademaßnahmen Washingtons schwerwiegende schädliche Auswirkungen auf die wirtschaftli-

che Entwicklung und Lebensverhältnisse dort.[4]

Die teils massiven Versorgungsengpässe, insbesondere im Gesundheitsbereich können auch hier lebensbedrohend werden. Mangels der dafür notwendigen spezifischen, teuren Medikamente können z.B. diverse lebensrettende Therapien nicht weiter durchgeführt werden. Früher stellte das Land 95% seiner Medikamente selbst her.

Es mangelt aber zunehmend an den nötigen hochwertigen Rohstoffen, Technologien, Ersatzteilen und Software. Für viele Patienten sind die Sanktionen, wie die renommierte US-Zeitschrift Foreign Policy schon 2019 berichtet, daher tödlich. [5]

Die fortgesetzte, von ihr als eindeutig völkerrechtswidrig angesehenen Blockaden würden den Menschen „die Luft zum Atmen abschnüren", so das Fazit der UN-Expertin Alena Douhan nach ihren Recherchen letzten September. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung verschlechtere sich, die Sterblichkeitsrate steige und die Lebenserwartung sinke. [6]

Syrien: Wiederaufbau blockiert – der „stille Tod"

Besonders verheerend wirken sich die westlichen Zwangsmaßnahmen aktuell in Syrien und Afghanistan aus. Die umfassenden Wirtschaftsblockaden gegen Syrien wurden ungeachtet vieler Appelle weder während der Corona-Pandemie noch nach der Erdbebenkatastrophe im März gelockert. Dabei hatte der damalige UN-Sonderberichterstatter, Idriss Jazairy schon im Mai 2019 berichtete, dass ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung in den vergangenen Jahren verheerender wirkten als die des Krieges. Ihre Opfer würden nun nur „*einen stillen Tod*" sterben.[7]

Seine Nachfolgerin, Alena Douhan hat nach ihre Syrienreise im November 2022 erneut eindringlich ihre sofortige Aufhebung gefordert. Sie hätten eine vernichtende Wirkung auf die syrische Zivilbevölkerung und verhinderten nach elf Jahren Krieg den Wiederaufbau des Landes und damit auch die Rückkehr von Millionen Flüchtlingen. [8]

Vor der EU-Geberkonferenz „*Zur Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region*" Mitte Juni forderte das Internationale Komitee des Roten Kreuzes IKRK, es müsse sofort gehandelt werden, um die kritische Lage der Menschen in Syrien zu verbessern. [9]

Die Geberländer sagten zwar 5,6 Mrd. Euro Hilfsgelder zu und weitere 4 Mrd. an Krediten. Die Gelder gehen aber überwiegend in die noch von Aufständischen kontrollierten Gebiete und die Nachbarländer.[10]

Syrien erhält vom Westen nach wie vor keinen Cent für den Wiederaufbau des Landes, stattdessen werden die zunehmenden Hilfsleistungen aus den arabischen Staaten durch die fortgesetzten Embargomaßnahmen auch noch erheblich behindert.

Afghanistan: Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln

Nach dem Abzug der US- und NATO-Truppen aus Afghanistan und der Machtübernahme der Taliban schleuderten die westlichen Wirtschaftssanktionen das von 40 Jahren Krieg gebeutelte Land in die völlige Katastrophe. Drei Viertel der öffentlichen Ausgaben wurden bis zum Abzug der Besatzungsmächte mit ausländischen Geldern finanziert, auch Entwicklungsprojekte wie Schulen und Krankenhäuser. Mit der Machtübernahme der Taliban versiegten diese Zahlungen über Nacht.

Die Taliban waren für die US-Regierung zwar Partner bei den Verhandlungen, mit denen sie die Abzugsmodalitäten vereinbarte, die von ihnen gebildete Regierung wird von den USA und ihren Verbündeten jedoch bisher nicht anerkannt. Da nun die gegen die Taliban verhängten Sanktionen faktisch das ganze Land treffen, kollabierte die afghanische Wirtschaft völlig.

Die dadurch entstandene katastrophale Versorgungslage wird noch dadurch massiv verschärft, dass die westlichen Staaten die Reserven der afghanischen Zentralbank beschlagnahmt haben – 7 Mrd. US-Dollar in den USA und rund 2,1 Mrd. bei Banken in Deutschland und der übrigen EU.[11] Aus Sicht der UN-Sonderberichterstatterin Alena Douhan ist dies ein klarer Verstoß gegen internationales Recht, da das Geld einer Zentralbank nicht denen gehört, die die Regierung stellen, sondern dem Land und seiner Bevölkerung.

Indem Afghanistan zudem vom globalen Finanzsystem abgeschnitten wurde, haben Hilfsorganisationen enorme Probleme ihre Projekte weiter zu betreiben.[12] Dabei sind nach Angaben der „Aktion gegen den Hunger" 24 der insgesamt 40 Millionen Afghaninnen und Afghanen völlig auf humanitäre Hilfe angewiesen und 8 Millionen unmittelbar mit einer Hungersnot konfrontiert.[13]

Während die Hilfszusagen für Afghanistan einbrachen, stiegen die Preise für Energie, Nahrungsmittel und andere Hilfsgüter infolge des russischen Einmarsches in die Ukraine sowie des Wirtschaftskrieges gegen Russland dramatisch.

„*Ich habe noch nie eine Krise erlebt, die so schnell und in einem solchen Ausmaß eskaliert ist wie die in Afghanistan*", berichtet Mary-Ellen McGroarty vom Welternährungsprogramm (WFP) der UNO [14] und WFP-Chef David Beasley beschrieb die Lage als „Hölle auf Erden". Der Brüsseler Think-Tank International Crisis Group befürchtet, *„Hunger und Elend"* könnten nach dem Abzug der NATO-Truppen *„mehr Afghanen töten als alle Bomben und Kugeln der letzten zwei Jahrzehnte"*.

Achim Steiner, Chef des Entwicklungsprogramms der UNO, verurteilte die westliche Politik auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos scharf: „*Wir können nicht einfach auf Basis moralischer Empörung 40 Millionen Afghanen im Stich lassen.*" [15] Und das „International Rescue Committee" betont in einem Aufruf, dass es die „*moralische Pflicht des Westens*" ist, *„zu verhindern, dass durch Feinheiten der internationalen Diplomatie die Bevölkerung vor Ort als Geiseln gehalten wird.*" [16] Denn selbst mit einer erheblichen Aufstockung der internationalen Hilfsleistungen könnte die humanitäre Notlage nicht überwunden werden. Das ist nur über eine Wiederbelebung der Wirtschaft durch Aufhebung der Restriktionen möglich.

Am Beispiel Afghanistan zeigt sich besonders deutlich der Irrwitz der westlichen Sanktionspolitik, die hier ja

auch von vielen linken, feministischen und Menschenrechts-Organisationen unterstützt wird. Die verheerenden Auswirkungen der Blockaden werden dabei jedoch völlig ignoriert, obwohl darunter, wie immer, Frauen und Kinder besonders stark leiden.

Zweifelsohne verstößt die Politik der Taliban eklatant gegen Menschenrechte, insbesondere die Rechte der afghanischen Frauen. Durch das Arbeitsverbot für Frauen beeinträchtigen sie auch selbst massiv die Arbeit von Hilfsorganisation die auf ihre Mitarbeit angewiesen sind.

Aber offensichtlich sind Handels- und Finanzblockaden nicht geeignet eine Änderung zu erzwingen − im Gegenteil führt das konfrontative Vorgehen i.d.R. zu einer Verhärtung der Haltung bei der angegriffenen Regierung und einem Verlust an Einflussmöglichkeiten von außen.

Conrad Schetter, Direktor des „Bonn International Centre for Conflict Studies“ (BICC) und Präsidiumsmitglied der Welthungerhilfe, weist daraufhin, dass es innerhalb der Taliban durchaus heftige Konflikte um die zukünftige politische Verfasstheit des Landes gibt, zwischen jenen mit pragmatischen Ansätzen und islamischen Fundamentalisten. [17]

Doch statt durch direkte Gespräche, unter Anerkennung der faktischen Machtverhältnisse, die Pragmatiker zu unterstützen, stärkt der Westen durch seine strikte Blockadepolitik auch hier die Hardliner.

Gleichzeitig sind die Blockaden selbst massive Menschenrechtsverletzungen, die Menschenleben kosten und von vielen Kritikern zu Recht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeprangert werden. Und in Afghanistan dienen sie offensichtlich auch vorwiegend der Fortsetzung des verlorenen Krieges.

Fußnoten siehe Online-Fassung

Menschen versammeln sich vor einem Gebäude, das Stunden nach dem Erdbeben in Aleppo zusammengebrochen ist
Text und Foto: IKRK
Quelle: https://www.icrc.org/de

Das Elend in Syrien darf nicht vergessen gehen!

Von Karin Leukefeld

[...] Die Flüchtlinge aus Syrien gelten laut UNHCR mit 6,5 Millionen weiterhin als die größte Gruppe unter den Flüchtlingen, gefolgt von jeweils 5,7 Millionen aus der Ukraine und aus Afghanistan. [...]

Allein in Syrien leben Berichten zufolge 90 Prozent der rund 18 Millionen verbliebenen Syrer unter der Armutsgrenze von 1 US-Dollar pro Tag, je nach „Tagesform“ sind das rund 0,915 Euro. Die Internationale Wirtschafts- und Finanzkrise fordert ihren Tribut. Die reichen Geberländer geben deutlich mehr Geld für Rüstung und Kriege aus, als für Gesundheits- und Nahrungsmittelhilfen in Kriegs- und Krisengebieten. [...]

Syrien ist größter IKRK-Standort

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) arbeitet seit 1967 in Syrien. Damals wurden die syrischen Golanhöhen von der israelischen Armee besetzt und Hunderttausende Menschen wurden vertrieben. Das IKRK half und hilft bis heute den Vertriebenen, den Kontakt zu ihren Herkunftsgemeinden und Familien auf dem besetzten Golan aufrechtzuerhalten. Weder die Vereinten Nationen noch deren Mitgliedsstaaten haben die israelische Annexion der Golanhöhen 1981 anerkannt. [...]

Das IKRK war vor Ort, als am 6. Februar dieses Jahres in Aleppo und Umgebung die Erde bebte. Die Stadt mit ihren hohen Häusern und dicht bebauten Straßen sei hart getroffen worden, antwortet Kakhaber Khasaia, der Leiter des IKRK-Büros in Aleppo auf die Frage der Autorin (Mai 2023). Mehr als 4500 Menschen hätten in Syrien bei dem Erdbeben ihr Leben verloren, mehr als 10.400 wurden verletzt, fügt er hinzu. [...]

Vor der EU-Geberkonferenz «Zur Unterstützung der Zukunft Syriens und der Region» forderte das IKRK, es müsse sofort gehandelt werden, um die kritische Lage der Menschen in Syrien zu verbessern. „*Der Preis für Untätigkeit wäre untragbar, vor allem für die Bevölkerung.*“ Die Syrer hätten nicht nur die Folgen von Krieg und Erdbeben zu bewältigen, sondern auch eine „galoppierende Inflation, Wirtschaftsrezession und den Zusammenbruch der öffentlichen Gesundheitsversorgung“, erinnerte das IKRK. Die internationale Gemeinschaft müsse „*sich der harten Wirklichkeit stellen, dass die derzeitige Situation in Syrien untragbar ist*“, sagte Fabrizio Carboni, der IKRK-Regionaldirektor für den Nahen und Mittleren Osten. Man dürfe nicht wegsehen, „der Erhalt der kritischen Infrastruktur muss an erster Stelle stehen.“

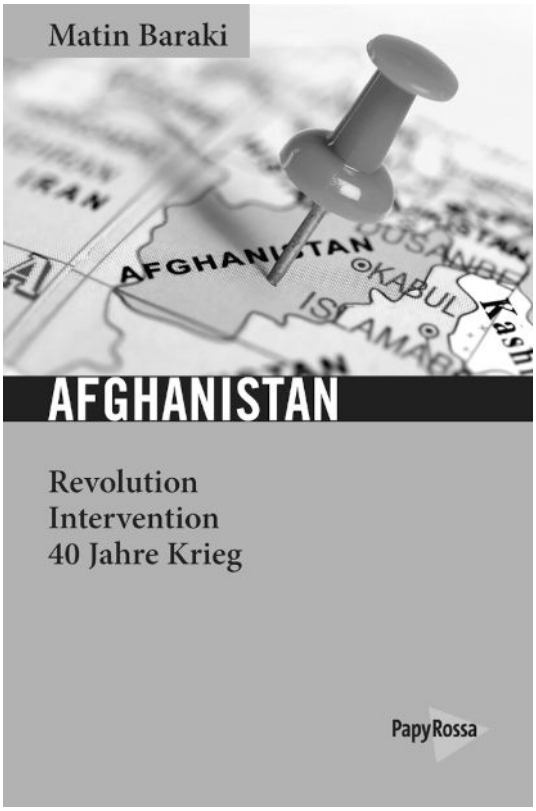
5,6 Milliarden Euro wurden von den Geberländern bei der Konferenz in Brüssel zugesagt. Weitere 4 Milliarden an Krediten. Das IKRK soll 10,5 Millionen Euro erhalten. Die EU-Kommissare Olivér Várhelyi (Nachbarschaft und Erweiterung) und Janez Lenarčič (Humanitäre Hilfe und Krisenmanagement) teilten mit, diese Summe werde zusätzlich zur laufenden finanziellen Unterstützung der Organisation gegeben, damit das IKRK den Zusammenbruch der „kritischen Infrastruktur für die Wasserversorgung“ in Syrien sicherstellen könne.

Hinweis der Autorin: Die einseitigen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen (Sanktionen) der EU und der USA verhindern gleichzeitig, dass Syrien in der Lage ist, die zivile Infrastruktur und das Land mit der Hilfe befreundeter Staaten und mit eigener Arbeitskraft zu rehabilitieren.

Quelle: Globalbridge.ch / 21.6.2023

Afghanistan: Argumente für humanitäre Solidarität statt Verdrängung

Afghanistan – Revolution – Intervention – 40 Jahre Krieg, 19,90 Eur, Papyrossa Verlag, 288 Seiten, 1. Auflage 2023



Nach dem überstürzten Abzug der US-Truppen und der Bundeswehr im August 2021 lässt die Aufarbeitung des Afghanistan-Debakels durch die deutsche Politik immer noch auf sich warten, während für den aktuell wichtigsten Auslandseinsatz der Bundeswehr in Mali ein ähnliches Desaster bereits mit Sicherheit absehbar ist.

Doch auch für die Friedensbewegung gilt es, die Hintergründe von 40 Jahren Krieg zu verstehen. Insbesondere die der sowjetischen Militärintervention Ende 1979 vorausgegangenen Geschehnisse lagen jedoch bisher immer noch im Halbdunkel.

Das Buch von Matin Baraki behandelt dazu im ersten Teil die theoretischen Ansätze eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges für Länder, die in ökonomisch-technisch unterentwickelten, (halb-)kolonialen Verhältnissen gehalten wurden. Mit diesem übergreifenden Ansatz beginnt die eigentliche Geschichte der afghanischen Revolution vom April 1978 mit der programmatischen Entwicklung der Demokratischen Volkspartei Afghanistans ab 1965.

Was in der Theorie jedoch für diese sozialistisch orientierte Kraft prinzipiell richtig war, wurde nach der Machtübernahme in der politischen Praxis sträflich vernachlässigt. Matin Baraki zeigt hierbei, dass die hierbei begangenen Fehler in ähnlicher Weise zu sehen sind, wie vergleichbare „Mini-"Revolutionen in anderen Ländern des globalen Südens, denen einen „Maxi-"Konterrevolution folgte.

Was dabei in der Zeit vom April 1978 bis zum Dezember 1979 in Afghanistan erfolgte, wird durch eine umfangreiche und kommentierte Zusammenstellung von seinerzeit streng vertraulichen Dokumenten belegt, die vor allem aus Archiven der KPdSU in Moskau von Matin Baraki ausgewertet wurden. Diese sind im etwa 100 Seiten umfassenden Anhang zum eigentlichen Inhalt des Buches enthalten. Der Anhang enthält auch eine kompakte Zeittafel, beginnend mit dem Jahr 1747.

Aus den Dokumenten geht nun eindeutig hervor, wie 1979 die Sowjetunion trotz eigener großer Vorbehalte gegen eine militärische Intervention dennoch in die Falle gelockt wurde – mit den bekannten Konsequenzen.

Nicht nur zu den damaligen Geschehnissen rund um das Jahr 1979 bringt das Buch eine umfassende Aufklärung, sondern ebenso zu den Vorgängen des Jahres 2021.

Dazu gehört als Vorgeschichte die beispielhafte Darstellung der mafiösen, korrupten Strukturen, die sich mit der fast 20 Jahre dauernden US-Präsenz im Land herausgebildet hatten. Der Anfang vom Ende dieser Präsenz bestand in den Geheimverhandlungen der USA mit den Taliban in Doha, wozu gleichfalls einige Details vom Autor beschrieben werden.

Schließlich werden die unmittelbar erfolgenden Konsequenzen der neuen Machtübernahme beschrieben, mit der ganzen Vielfalt von Widersprüchen innerhalb der Taliban-Regierung.

Eine besondere Rolle spielt dabei natürlich die Frauenpolitik. Speziell dazu verwendet Matin Baraki die Umschreibung „Realos" und „Fundis". Insofern unterscheiden sich die heutigen Taliban durchaus von denen des Jahre 1996 bei ihrer ersten Machtübernahme.

Dominierend sind aber immer noch patriarchalische Vorstellungen und historisch gewachsene Stammessitten. „*Um diese zu überwinden, braucht man in Afghanistan eine lange historische Periode, gepaart mit einer breiten und langfristigen allgemeinen Bildung im Volk*" – so der Autor.

Eine Alternative zu den Taliban wäre derzeit nur der in der Provinz Khorasan präsente Islamische Staat (IS-Pkh) als offene Terrororganisation.

Der Autor dokumentiert an zahlreichen Beispielen (bis zum Redaktionsschluss Anfang März 2023) die Machtkämpfe innerhalb der Taliban. Das Ende ist offen. Sicher ist aber, dass eine Entwicklung hin zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage nur ohne äußere Einmischung möglich sein wird, indem man eine Zusammenarbeit mit den Taliban zu deren Bedingungen grundsätzlich akzeptiert.

Matin Baraki hat in den Jahren des Afghanistan-Krieges unter deutscher Beteiligung häufig bei örtlichen und überregionalen Friedensveranstaltungen referiert. Zu wünschen wäre, dass er basierend auf seinem jüngsten Buch wieder häufiger die Aufmerksamkeit der Friedensbewegung findet. Schließlich muss die dramatische humanitäre Notlage in Afghanistan thematisiert werden.

Die massiven Menschenrechtsverletzungen für Frauen und Mädchen sind zwar unstrittig, rechtfertigen jedoch nicht die Behinderung humanitärer Hilfeleistungen (zur Sicherung elementarer Menschenrechte). Matin Baraki bleibt mit seiner Expertise deshalb nach wie vor ein notwendiger Ansprechpartner.

Karl-Heinz Peil

Aus dem Phrasenwörterbuch: „Solidarität“

von Tobias Riegel

Es ist ein gekapertes Wort: Aus einem Begriff der Arbeiterbewegung ist eine Lieblingsvokabel der Mächtigen geworden. Viele Politiker und Journalisten übersetzen das Wort heute (zugespitzt) so: Bürger handeln dann „solidarisch“, wenn sie den Gürtel enger schnallen und die Klappe halten. Die Notwendigkeit der solidarischen Unterwerfung wird oft von einer höheren Gewalt oder „multiplen Krisen“ abgeleitet.

Teils wird gar die aktuelle Regierung mit „der Demokratie“ gleichgesetzt, die „solidarisch“ gegen „Hass und Hetze“ zu schützen sei. Ein „Wir“ wird behauptet, das es nicht gibt. Als weitere Akte der Solidarität gelten: Booster-Impfung, Rüstungslieferungen und Lohnzurückhaltung.

[…] Heute richten sich Appelle der „Solidarität“ also oft an andere (versteckt hinter dem „Wir“) und wie gesagt ist mittlerweile oft „Unterwerfung“, „Anpassung“ und „Verzicht“ damit gemeint: Wer gegen den Regierungskurs ist, handelt „unsolidarisch“, während die andere Seite sogar Militarisierung, Corona-Politik, Zensur („gegen Hass und Hetze“) und soziale Verarmung als Akte der „Solidarität“ verkaufen kann und damit durchkommt, weil die Kritik der großen Medien nicht stattfindet.

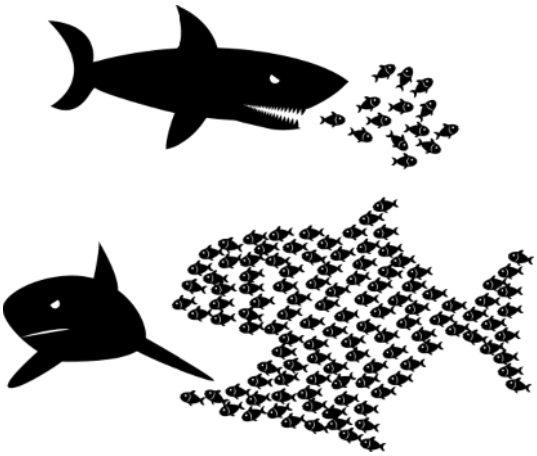
Der Begriff „Solidarität“ ist mittlerweile Teil jeder Kitschpropaganda, sei es bezüglich der Ukraine, bezüglich Flutopfern oder Flüchtlingen. Bei Letzteren wandelte sich die damalige regierungsamtliche Soli-Formel vom „Wir schaffen das“ in der Realität oft in ein „Ihr schafft das schon.“ […]

Von offizieller und journalistischer Seite wird das Wort nun exzessiv genutzt, um zusätzliche soziale Ungerechtigkeiten und die Militarisierung zu rechtfertigen – auf diesem Feld läuft Vieles unter dem Schlagwort der „Solidarität mit der Ukraine“, etwa „Frieren für die Freiheit“. […] „Uneingeschränkt“ bedeutet in diesem Fall, dass dem auch diktatorische Zustände und Bandera-Kult in der Ukraine nicht im Wege stehen. […]

„Die Pandemie hat zu einer Welle der Solidarität geführt“

Ein Artikel des DGB zum Wort „Solidarität“ ist exemplarisch. Wegen der Wurzeln des Begriffs auch in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung soll der Text hier beispielhaft betrachtet werden. Zum Wortstamm heißt es dort:

„Die Idee der Solidarität ist uralt – sie ankert im Römischen Recht, entwickelt zwischen dem 5. Jahrhundert vor Christus und dem 3. Jahrhundert nach Christus: Solidus selbst heißt so viel wie gediegen, fest, ‚in solidum‘ hieß es damals: Alle für einen und einer für alle, und beschrieb ein Schuldverhältnis, in dem jeder und alle haften – es gibt eine verbindliche Verpflichtung, eine Gesamtschuld.“



Nachdem Bezüge zur zentralen Rolle des Begriffs „Solidarität“ in den Kämpfen der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert beschrieben und gewürdigt werden, wird das Wort vom DGB in einem Akt der inakzeptablen Umdeutung auf die kritiklose Unterwerfung unter die Corona-Politik angewandt:

„Die Pandemie hat zu einer Welle der Solidarität geführt. Auch wenn diese Bewegung durchsetzt ist mit Querdenkern und Querulanten: Sie sind wenige im Vergleich zu den Millionen, die sich zusammengetan haben, um die Schwachen zu schützen, die Alten, die Vorerkrankten. Und das nicht nur in Deutschland, sondern in den meisten Ländern der Welt.“

Bei Corona wurde der Begriff „Solidarität“ von der Angst-Kampagne gekapert und vollends pervertiert: Einsames Sterben, Schulschließungen, Zensur, sinnlos maskierte Kinder, massiver Druck auf Skeptiker der neuen Impfstoffe – ein Zulassen dieser und vieler anderer unglaublicher Vorgänge galt als solidarisch.

Und wehe, man leistete sich eine andere Meinung als die „Solidargemeinschaft“ aus Journalisten, Politikern, Pharmakonzernen und sozialen Netzwerken, aber auch Gewerkschaften, Kirchen, „Zivilgesellschaft“ und so weiter: Die Hetze gegen Andersdenkende in der Corona-Zeit war gespickt mit dem Wort „Solidarität“.

Quelle: Nachdenkseiten, 15.6.2023

Grafik links: Kilian Claude Joseph verdure
Grafik oben: OpenSource (unbekannt)

Kubafeindlichkeit: Drohungen und Attacken müssen gestoppt werden!

Erklärung des Netzwerkes Cuba

Die Kuba-Solidaritätsbewegung in Deutschland hat den jungen kubanischen TV-Moderator Michel Torres („Con Filo“) zu öffentlichen Veranstaltungen in mehrere Städte eingeladen. Er sollte hier darüber berichten, wie die reaktionären Kräfte innerhalb und außerhalb Kubas ihre Lügen- und Hetzkampagnen gegen das sozialistische Kuba betreiben.

In seinen Sendungen klärt Michel Torres meisterhaft über diese Lügen, Fake-News und die permanenten Manipulationen auf. Nun musste sein Besuch leider abgesagt werden: in einigen Sozialen Medien und in anderen Foren und Formen tauchten immer mehr Drohungen und aggressive Parolen gegen seine geplanten Auftritte auf.

Erst kürzlich wurde das kubanische Musikerduo „Buena Fe“ in Auftritten in Spanien von gewaltbereiten „Freiheitskämpfern“ bedroht und ihre Auftritte gestört oder auf Druck sogar abgesagt bzw. verlegt!

So mussten zwei Konzerte in Salamanca und Zamora wegen angekündigter Randale abgesagt werden. Über 1.400 Künstler und Intellektuelle aus vielen Teilen der Welt solidarisierten sich spontan mit den angegriffenen kubanischen Musikern, darunter der Befreiungstheologe Frei Betto, der ehemalige Direktor von Le Monde diplomatique, Ignacio Ramonet. sowie der spanische Europaabgeordnete Manu Pineda.

In ihrer Erklärung klagen sie an, »dass ausgerechnet diejenigen, die sich als Verteidiger der Freiheit und der Menschenrechte bezeichnen, zur Gewalt greifen, um diejenigen einzuschüchtern, die sich einfach nur durch Kunst und Musik ausdrücken wollen«. Dass einige Contras zu fast allen Mitteln der Verhinderung von freier Meinungsäußerung und von sachlichem Dialog zu greifen bereit sind, zeigen sie seit Jahren in Miami/Florida, wo kubanische Künstler und Intellektuelle bedroht und teilweise attackiert wurden, wenn sie sich nicht als Gegner des sozialistischen Kuba erklärten.

Wir halten es für unerträglich und nicht hinnehmbar, dass die selbsternannten Verteidiger freier Meinungsäußerung, die hasserfüllt gegen Kuba hetzen, nun auch in Deutschland mit Drohungen und Lügen Auftritte von kubanischen Journalisten, Künstlern und Experten zu verhindern suchen.

Dieser Hass und die zunehmende Aggressivität und Militanz von einigen Contras erinnert fatal an die kriminellen Trumpisten in den USA und manche einschüchternden Aktivitäten von Neonazis in unserem Land. Hier sei erinnert an die teilweise gewalttätigen Aktionen einzelner Demonstranten bei den Protesten gegen die Stromabschaltungen, die hohen Preise und den Mangel an Lebensmittel in einigen kubanischen Gemeinden am 11. Juli 2021 : da wurden Kinderklinik und Polizeistation in Brand gesetzt, Szenen, die aus den USA bekannt sind.

Flankiert werden diese Verbalattacken und Einschüchterungen durch die aggressive und die Völkerrecht verletzende Blockade- und Subversionspolitik der US-Regierung (seit inzwischen mehr als 62 Jahren) gegen den kubanischen Staat, durch umfangreiche, professionelle Medienkampagnen, die auch in unserem Lande reproduziert werden, vor allem betrieben von der IGfM (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte – ein anspruchsvoller, hehrer Titel mit ausschließlich antikommunistischem „Inhalt“). Diese lockere „Koalition der Kubafeinde“ bringt in unverschämter Weise Ursache und Wirkung durcheinander.

Beispiel US-Präsident Biden. Er behauptete vor zwei Jahren das kubanische Volk unterstützen zu wollen, malträtiert Kuba aber immer noch mit der Blockade und verschärfenden Sanktionen und Maßnahmen zur Behinderung der Kontakte zwischen den kubanischen Familien: verletzt also die Menschenrechte von 11 Mio. Kubanerinnen und Kubanern sowie vielen anderen Menschen in zahlreichen anderen Ländern, die Beziehungen zu Kuba haben bzw. aufbauen wollen. Es ist diese hasserfüllte, aggressive und destruktive Politik der USA gegen Kuba, die den Boden bietet für Nachahmer in unseren Kommunen! Und es reicht:

Die Drohungen und Attacken müssen gestoppt werden, die Blockade muss beendet werden, die Subversionen und Interventionen der USA gegen Kuba müssen eingestellt werden! Wir lassen uns nicht einschüchtern, sondern kämpfen auch für die Meinungsfreiheit in unserem Land weiter! Venceremos!

Die Frankfurter Solidaritätsinitiative InterRed hat bereits zwei Öko-Strom-Installationen in Havanna live. Jetzt sollen Spenden ein drittes Sonnenenergie-Projekt mit Stromerzeugung ab Anfang 2024 finanzieren.

Die durch Spenden finanzierte Photovoltaik-Anlage läuft auf dem Dach des kubanischen Impfstoff-Herstellers CIM (Centro de Immunología Molecular) in Havanna. CIM ist eine Kombination von Forschungsinstitut und Arzneimittel-Fabrik.

Zur Finanzierung der drei Solaranlagen-Projekte hat InterRed bis 15. Juni 2023 genau 181.836,73 Euro Spenden eingesammelt. Jeder Cent davon wurde direkt für Anschaffung, Transport und Installation von Solarpanels, Wechselrichtern und Anschlusstechnik investiert.

Foto: privat / Text: amerika21

USA: Kuba-SolidaritätsaktivistInnen im Büro von Senator Menendez

von Edgar Göll

Mehrere Aktivisten von US-Solidaritätsgruppen haben das Büro von US-Senator Robert "Bob" Menendez aufgesucht, um mit ihm die maßgeblich von ihm verschärfte Blockadepolitik der US-Regierung gegen Kuba zu erörtern und eine Änderung zu fordern.

Allerdings wurde ihnen ein Treffen mit dem Senator von New Jersey verweigert. Er gehört der Demokratischen Partei an und obwohl viele Demokraten und sogar einige Republikaner die Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Kuba unterstützen, steht Menendez seiner eigenen Partei oft im Weg, indem er eine Politik vertritt, die Kuba dämonisiert und jeden verunglimpft, der anderer Meinung ist.

So forderten im Mai dieses Jahres 21 Demokraten des Repräsentantenhauses Präsident Joe Biden auf, die Sanktionen gegen Kuba und Venezuela aufzuheben, um die gestiegene Einwanderung an die Grenzen der USA zu verringern. Anstatt sich seinen Kollegen anzuschließen, behauptete Menendez, dass die US-Sanktionen nicht für die Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen in beiden Ländern verantwortlich seien. *"Die Aufhebung der US-Sanktionen gegen Kuba und Venezuela würde nur unsere demokratischen Werte verraten und kriminelle Diktatoren weiter ermächtigen*", erklärte er.

Der Senator war eine treibende Kraft dafür, Kuba erneut auf die US-Liste der Staaten zu setzen, die den Terrorismus unterstützen (States Sponsors of Terrorism). Er ist außerdem für sein unethisches Verhalten berüchtigt: Gegen ihn wird derzeit zum zweiten Mal innerhalb von fünf Jahren strafrechtlich ermittelt, weil er unzulässigerweise Bargeld und Geschenke als Gegenleistung für politische Gefälligkeiten angenommen haben soll. Im Jahr 2015 wurde er bereits wegen Bestechung angeklagt.

Nachdem die Aktivisten aufgefordert wurden, das Büro von Menendez zu verlassen, setzten sich einige Teilnehmerinnen in einem Akt des zivilen Ungehorsams zusammen. Drei Aktivistinnen von Codepink, National Network on Cuba (NNOC) und der Interreligious Foundation for Community Organization/Pastors for Peace weigerten sich zu gehen, bis sie mit dem Senator sprechen könnten. Daraufhin wurde Polizei in das Büro gerufen und alle drei Aktivistinnen festgenommen und inhaftiert.

Calla Walsh, Co-Vorsitzende des NNOC, sagte bei ihrer Festnahme: "*Ich finde es komisch, dass uns immer gesagt wird, Kuba sei eine repressive Diktatur, ein Polizeistaat, während wir hier verhaftet werden, nur weil wir versuchen, ein Gespräch zu führen."*

Gail Walker, Präsidentin der Pastors for Peace, erklärte, dass sie mehrmals um ein Treffen mit Menendez gebeten haben, aber nie eine Antwort erhielt, und weiter: "*Wir sollten in der Lage sein, mit unseren Vertretern über Kuba zu sprechen, ohne verhaftet zu werden.*"

Die Aktivistinnen führten aus, dass Menendez "*heute für seine Korruption, seinen Machtmissbrauch und seine völkermörderische Politik gegen Kuba hätte verhaftet werden müssen. Aber stattdessen hat er die Polizei auf uns gehetzt, weil wir friedlich in seinem Büro saßen und Botschaften der kubanischen Bevölkerung vorlasen, in denen die Beendigung der Blockade gefordert wird.*"

Unterdessen haben am vergangenen Wochenende zahlreiche Organisationen in den USA die Kampagne für die Normalisierung der Beziehungen zu Kuba mit dem Ziel gestartet, dass die US-Regierung Kuba von der "Terror-Liste" streicht. Die Folgen dieser Listung sind schwerwiegend für Kuba und verschärfen die seit über sechs Jahrzehnten anhaltende US-Blockade weiter.

Die festgenommenen Aktivistinnen kamen nach einigen Stunden wieder frei, am 12. Juli soll ein Gerichtstermin wegen "unbefugten Betretens" stattfinden.

Quelle: amerika21 / 27.6.2023

Foto: Aktion am 3.5.2021 in Berlin
Quelle: www.unblock-cuba.org

Internationaler Friedenskongress in Wien für Frieden in der Ukraine

von Medea Banjami, Codepinkt (USA)

Am Wochenende vom 10. und 11. Juni kamen in Wien über 600 Vertreter von Friedensorganisationen aus 32 Ländern (online und in Präsenz) zum ersten Mal seit dem russischen Einmarsch in der Ukraine zusammen, um ein Ende der Kämpfe zu fordern. In einer offiziellen Erklärung der Konferenz erklärten die Teilnehmer:

"Wir sind eine breite und politisch vielfältige Koalition, die Friedensbewegungen und die Zivilgesellschaft repräsentiert. Wir sind fest davon überzeugt, dass Krieg ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist und dass es keine militärische Lösung für die derzeitige Krise gibt."

Breite Koalition für Gipfel und Folgeaktivitäten

Organisiert und vorbereitet wurde der internationale Gipfel von einer Koalition aus Friedensorganisationen, der u.a. das internationale Friedensbüro, die italienische Gewerkschaft CGIL sowie das italienische Friedensnetzwerk, das österreichische Friedensnetzwerk abfang, IFOR, WLPF Österreich, codepink, das US Netzwerk gegen den Krieg in der Ukraine angehören.

Um ihrer Forderung nach einem Waffenstillstand Nachdruck zu verleihen, vereinbarten die Teilnehmer des Gipfels, vom 30. September bis zum 8. Oktober globale Aktionswochen zu organisieren - Proteste, Mahnwachen und politische Lobbyarbeit.

Die Organisatoren des Gipfels wählten Österreich als Veranstaltungsort für die Friedenskonferenz, da Österreich einer der wenigen neutralen Nicht-NATO-Staaten in Europa ist. Irland, die Schweiz und Malta sind nur noch eine Handvoll neutraler europäischer Staaten, nachdem das zuvor neutrale Finnland der NATO beigetreten ist und Schweden als nächstes an der Reihe ist.

Österreichs Hauptstadt Wien ist als "UN-Stadt" bekannt und beherbergt auch das Sekretariat der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), die den Waffenstillstand im Donbass von der Unterzeichnung des Minsk-II-Abkommens im Jahr 2015 bis zum russischen Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 überwacht hat.

Friedensgipfel gegen heftige Widerstände vor Ort

Überraschenderweise erwies sich das neutrale Österreich als ziemlich ablehnend gegenüber dem Friedensgipfel. Der Österreichische Gewerkschaftsbund ÖGB beugte sich dem Druck des ukrainischen Botschafters in Österreich und anderer Kritiker, die die Veranstaltungen als fünfte Kolonne für die russischen Invasoren verleumdeten. Der Botschafter hatte sich gegen einige der Redner ausgesprochen, darunter der weltbekannte Wirtschaftswissenschaftler Jeffrey Sachs und die EU-Parlamentarierin Clare Daly.

Sogar der Wiener Presseclub, in dem die abschließende Pressekonferenz geplant war, wurde in letzter Minute abgesagt. Die österreichische linksliberale Zeitung "Der Standard" setzte noch einen drauf und kritisierte die Konferenz sowohl im Vorfeld als auch während und nach der Veranstaltung mit dem Vorwurf, die Redner seien zu prorussisch.

Unbeeindruckt davon fanden die lokalen Organisatoren schnell einen anderen Veranstaltungsort. Die Konferenz fand in einem schönen Konzertzentrum statt, die Pressekonferenz in einem örtlichen Café.

Das bewegendste Podium der Konferenz war das mit Vertretern aus der Ukraine, Russland und Weißrussland, die ihr Leben riskierten, um am Gipfel teilzunehmen. Yurii Sheliazhenko, Schatzmeister der ukrainischen pazifistischen Bewegung, kann das Land nicht verlassen und sprach daher von Kiew aus via Zoom zu den Teilnehmern.

"Wie viele Ukrainer bin ich ein Opfer der Aggression der russischen Armee, die meine Stadt bombardiert, und ein Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch die ukrainische Armee, die versucht, mich durch den Fleischwolf zu ziehen, indem sie mir das Recht verweigert, das Töten zu verweigern und das Land zu verlassen, um an der Universität Münster zu studieren ... Denken Sie darüber nach: allen Männern zwischen 18 und 60 ist es verboten, das Land zu verlassen, sie werden auf den Straßen gejagt und in die Leibeigenschaft der Armee verschleppt."

Sheliazhenko erklärte auf dem Gipfel, dass die ukrainischen Streitkräfte versucht hätten, ukrainischen Kriegsverweigerern den Status als Kriegsdienstverweigerer zu verweigern, aber nachgegeben hätten, als internationaler Druck das ukrainische Militär dazu aufforderte, die Rechte anzuerkennen, die ihnen durch die Europäische Menschenrechtskonvention zugesichert wurden.

Mehrere Gruppen verpflichteten sich auf dem Gipfel, Kriegsdienstverweigerer aus der Ukraine, Russland und Weißrussland zu unterstützen, und sammelten für ukrainische Familien, die nach der jüngsten Zerstörung des Kachowka-Damms keinen Zugang zu sauberem Wasser haben.

Zu den Höhepunkten des Gipfels gehörten auch die Reden von Vertretern aus dem globalen Süden, die aus China, Kamerun, Ghana, Mexiko und Bolivien kamen. Der bolivianische Vizepräsident David Choquehuanca begeisterte die Menge, als er über die Notwendigkeit sprach, die Weisheit der indigenen Kulturen und ihre Vermittlungspraktiken zu beachten.

"Dieses Wochenende sollte nur der Anfang sein"

Viele Redner sagten, dass der wahre Anstoß zur Beendigung dieses Krieges aus dem globalen Süden kommen wird, wo Politiker den weit verbreiteten Hunger und die Inflation sehen, die dieser Konflikt verursacht, und eine führende Rolle übernehmen, indem sie ihre Dienste als Vermittler anbieten.

Fast ganz Europa war vertreten, darunter auch Dutzende aus Italien, dem Land, das mit über 100.000 Demonstranten die größten Friedensdemonstrationen des Kontinents mobilisierte. Anders als in den USA, wo die Demonstrationen klein waren, haben die italienischen Organisatoren erfolgreich Koalitionen gebildet, die Gewerkschaften und die Religionsgemeinschaft sowie traditionelle Friedensgruppen einschließen. Sie rieten anderen, ihre Forderungen einzugrenzen und zu vereinfachen, um ihre Anziehungskraft zu erhöhen und eine Massenbewegung gegen den Krieg aufzubauen.

Zu der achtköpfigen US-Delegation gehörten Vertreter von CODEPINK, Peace in Ukraine, Fellowship of Reconciliation und Veterans for Peace. Die pensionierte US-Oberstin und Diplomatin Ann Wright war eine der Hauptrednerinnen, ebenso wie der ehemalige Kongressabgeordnete Dennis Kucinich, der sich aus der Ferne anschloss.

Trotz der einheitlichen Grundaussage der Teilnehmer, nämlich der Forderung nach Friedensgesprächen, gab es vor allem in den Workshops zahlreiche Meinungsverschiedenheiten. Einige waren der Meinung, dass wir weiterhin Waffen liefern sollten, während wir auf Gespräche drängen; andere forderten ein sofortiges Ende der Waffenlieferungen. Einige bestanden auf der Forderung nach einem sofortigen Abzug der russischen Truppen, während andere der Meinung waren, dass dies das Ergebnis von Verhandlungen sein sollte und nicht eine Vorbedingung.

Einige machten vor allem die NATO-Erweiterung und die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten der Ukraine verantwortlich, während andere sagten, die Schuld liege ausschließlich bei den russischen Invasoren.

Komplizierte Diskussion über Abschlusserklärung

Einige dieser Meinungsverschiedenheiten spiegelten sich in den Diskussionen über die Abschlusserklärung wider, in denen es viel Hin und Her darüber gab, was erwähnt werden sollte und was nicht. Nachdrücklich wurde gefordert, die Provokationen der NATO und die Rolle der USA und Großbritanniens bei der Sabotage der ersten Vermittlungsversuche zu verurteilen.

Diese und andere Äußerungen, die den Westen verurteilen, wurden aus dem endgültigen Dokument gestrichen, das von einigen als zu fade kritisiert wurde. Verweise auf die Provokationen der NATO, die zur russischen Invasion führten, wurden gestrichen und durch folgende Formulierung ersetzt:

"Die Institutionen, die zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa geschaffen wurden, haben versagt, und das Versagen der Diplomatie hat zum Krieg geführt. Jetzt ist Diplomatie dringend erforderlich, um den Krieg zu beenden, bevor er die Ukraine zerstört und die Menschheit gefährdet."

Der wichtigste Teil des Abschlussdokuments und der Versammlung selbst war jedoch der Aufruf zu weiteren Maßnahmen. Dazu der Organisator Reiner Braun:

"Dieses Wochenende sollte nur der Anfang sein.Wir brauchen mehr Aktionstage, mehr Versammlungen, mehr Kontakte zu Studenten und Umweltschützern, mehr Bildungsveranstaltungen. Aber dies war ein großartiger Anfang einer globalen Koordination."

Italien: Staffellauf für den Frieden und die Menschlichkeit

Am 7. Mai 2023 fand in Italien ein „Staffellauf für den Frieden“ statt, an dem 50.000 Menschen teilnahmen, verteilt auf insgesamt 4.000 Kilometer, die das ganze Land durchquerte von Aosta bis Lampedusa.

Ihr gemeinsamer Appell richtete sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und forderte die Regierung des Landes auf, sich für eine Ende der Kampfhandlungen und Friedensverhandlungen einzusetzen: „Putin ist für die Invasion verantwortlich, aber die NATO, angeführt von US-Präsident Biden, hilft nicht nur den Angegriffenen, sich zu verteidigen, sondern trägt zur Eskalation bei und verwandelt einen lokalen Konflikt in einen schleichenden Weltkrieg.“

Die Organisatoren hatte die Gesamtstrecke in Abschnitte von im Schnitt 25 Kilometer unterteilt, in denen dann parallel die Staffelläufe stattfanden, wobei jeder Teilnehmer nicht mehr als ein bis zwei Kilometer laufen musste.

Die Läufe gingen durch große Städte wie Rom, Mailand und Palermo und kleinere wie Bozen, Piacenza und Ferrara. Sie führten nach Cameri, wo in der Leonardo-Fabrik F-35-Kampfflugzeuge zusammengebaut werden sowie um auch gegen die NATO-Manöver zu protestierten, die den ganzen Mai über auf Sardinien stattfanden, von Cagliari zum Ichnusa-Pier, wo die Kriegsschiffe der Marine vor Anker liegen.

Quelle:. www.cammini.eu

Ein Novum: Videobericht über Friedensdemo in Ramstein im Chinesischen Staatsfernsehen

Der mehr als zweiminütige Beitrag enthält mehrere Interviewausschnitte, u.a. mit Reiner Braun und Oskar Lafontaine, Quelle: YouTube

Demonstration vor der Air Base Ramstein

Mit einem bunten und lautstarken Demozug startete das Friedenscamp am 24. Juni 2023 in Steinwenden. Am Bahnhof Ramstein stießen weitere Teilnehmende dazu und gemeinsam ging die Demonstration vor die Air Base Ramstein.

Die 1500 Teilnehmenden auf der Demonstration waren sich einig und skandierten lautstark: „Wir haben uns entschieden, wir wollen Frieden!“ und „Frieden schaffen, ohne Waffen!“.

Die Air Base Ramstein war schon immer ein Logistikzentrum für die völkerrechtswidrigen (Drohnen-)Einsätze in Afrika und dem Mittleren Osten. Im Ukraine-Krieg spielt sie ebenfalls eine Schlüsselrolle.

Sie ist elementar für die US-amerikanische Kriegsunterstützung der Ukraine, Standort für den Kriegsrat, der sich regelmäßig zu diesem Zweck trifft und wäre, durch ihre Funktion als Kommandozentrale für die gegen Russland gerichtete Raketenabwehr, vermutlich das priorisierte Angriffsziel eines Präventiv- bzw. Gegenschlags.

Daher forderte Oskar Lafontaine in seiner energischen Rede, „einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine. Die Politik muss endlich das machen, für was sie bestimmt ist und an den Verhandlungstischen für eine friedliche Lösung des Konflikts kämpfen“.

Das Fazit der Teilnehmenden war am Schluss durchweg positiv. Alle waren sich einig: „Wir kommen wieder und im nächsten Jahr werden wir noch bunter, noch lauter und noch mehr bei der Friedenswoche 2024!“

Quelle: www.stopp-ramstein.de

zeitung gegen den krieg

Geplante Ausgabe zum Antikriegstag am 1.9.2023

in einer Zeit, in der sowohl durch Atomwaffen wie auch durch die sich beschleunigende planetare Umweltkatastrophe die Menschheit existenziell bedroht ist

in einer Zeit, in der mit "westlichen Werten" gegen den großen Rest der Welt Abschottung erfolgt statt für globale Sicherheit zu kooperieren

in einer Zeit, in der durch Friedensinitiativen aus dem globalen Süden ein diplomatisches Ende des Ukraine-Krieges eingefordert wird

in einer Zeit, in der die Militarisierung immer mehr gesellschaftliche Bereiche durchdringt, während zugleich die existenzielle Unsicherheit wächst

in einer Zeit, in der die internationale Friedensbewegung vor allem in Deutschland massiv diffamiert wird

erscheint diese neue Ausgabe der Zeitung gegen den Krieg (ZgK) Nr. 54 u.a. zu den Themen:

- Ukraine-Krieg: Einführung Waffenstillstand und Verhandlungen
- Globaler Süden: Friedenspläne für die Ukraine
- Gewerkschaften: Historisches und aktuelles Ringen für den Frieden
- Bundeshaushalt: massiv steigende Militärausgaben
- Atomuhr: 90 Sekunden vor 12
- Fluchtbewegungen: "Asylkompromiss" für Abschottung der EU
- UNO-Charta: Historische und aktuelle Bedeutung

Vorbestellungen erbeten unter
https://zeitung-gegen-den-krieg.de/

Grafik Titelseite:

erstellt am 1.12.2015. Quelle: www.vectorified.com

Palästina und die deutsche Schuld

Seite 3 bis 5

https://www.telepolis.de/features/Palaestina-und-die-deutsche-Schuld-9067918.html

Quellenangaben siehe Hyperlinks in Originalfassung

Kriminalisierung von Kurden: 30 Jahre PKK-Verbot

Seite 6 und 7

Hinweise zum Autor: Kerem Schamberger, Dr. rer. soc., ist Kommunikationswissenschaftler und politischer Aktivist. Er promovierte und lehrte an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und arbeitet nun bei medico international. Er ist zudem stellvertretender Vorsitzender des Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung und im Vorstand des Instituts solidarische Moderne.

Hinweis zur Buchveröffentlichung:
https://www.westendverlag.de/buch/geflohen-verboten-ausgeschlossen-ebook/

Erstveröffentlichung unter:

https://www.links-bewegt.de/de/article/460.28-jahre-pkk-verbot-sind-28-jahre-zu-viel.html

Türkischer Drohnenterror in Nordsyrien

Seite 7

https://anfdeutsch.com/frauen/staatlicher-feminizid-wdr-verurteilt-drohnenterror-gegen-aanes-37964

Asylpolitik: Menschenrechtsabbau statt Bekämpfung von Fluchtursachen

Seite 8 und 9

https://www.telepolis.de/features/Asylpolitik-Menschenrechtsabbau-statt-Bekaempfung-von-Fluchtursachen-9182430.html

Quellenangaben siehe Hyperlinks in Originalfassung

Flucht und Migration: Lob der Schlepper und Schmuggler

Seite 9

https://www.telepolis.de/features/Flucht-und-Migration-Lob-der-Schlepper-und-Schmuggler-9199641.html

Weltflüchtlingstag: „Flüchtlingswelle", Push-backs und EU-Asylrecht

Seite 10

weitere Infos: https://www.fir.at/

Screenshot aus Video von UNHCR Deutschland
Quelle: https://youtu.be/gdPdH7p5ckg

Wirtschaftsblockaden: Ein Fußtritt für Menschenrechte und Solidarität

Seite 11 bis 13

[1] The negative impact of unilateral coercive measures on the enjoyment of human rights, Resolution A/HRC/52/L.18, 3 April 2023

[2] Einen Überblick über die Funktionsweise von Zwangsmaßnahmen der USA gibt Sascha Lohmann in Extraterritoriale US-Sanktionen, SWP-Aktuell 2019/A 31 v. 27.05.2019

[3] Most unilateral sanctions violate international law, says UN expert, Xinhua, 13.07.2022

[4] Joachim Guilliard, Der Wirtschaftskrieg gegen den Iran: Aufstieg der Belagerten, Unsere Zeit, 23.6.2023

[5] U.S. Sanctions Are Killing Cancer Patients in Iran, Foreign Policy, 14.8.2019

[6] Iran: Völkerrechtswidrige einseitige Sanktionen schnüren den Menschen die Luft zum Atmen ab, Interview mit der UN-Sonderberichterstatterin Alena Douhan über ihre zehntägige Reise in den Iran, Zeit-Fragen, 20. 9. 2022

[7] J. Guilliard, Syrien: „Stiller Tod durch Sanktionen", Ossietzky 13/2019)

[8] Sanktionen gegen Nothilfe – Hilfsorganisationen fordern Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Syrien, weil sie die Erdbeben-Nothilfe blockieren, german-foreign-policy, 8.2,2023

[9] Karin Leukefeld, Das Elend in Syrien darf nicht vergessen gehen!, GlobalBridge, 21. 6.2023

[10] Karin Leukefeld, Keine Hilfe zur Selbsthilfe – EU-Geberkonferenz für Syrien: Berlin gibt Geld nur für bestimmten Teil des Landes, junge Welt, 20.06.2023

[11] Katastrophe am Hindukusch: Afghanistan hungert - und der Westen trägt eine Mitschuld, Deutsche Welle, 07.08.2022

[12] Die vergessene humanitäre Katastrophe, Internationale Kampagne fordert Freigabe der Reserven der afghanischen Zentralbank auch durch Berlin. german-foreign-policy.com, 15. 3.2022

[13] Afghanistan: Internationale Sanktionen behindern humanitäre Hilfe, Aktion gegen den Hunger 5.4.2022

[14] Hungerkatastrophe in Afghanistan: Vom Westen im Stich gelassen, ARD, Monitor, 10.02.2022

[15] Katastrophe am Hindukusch: Afghanistan hungert - und der Westen trägt eine Mitschuld, Deutsche Welle, 07.08.2022

[16] Finanzsanktionen gegen Taliban unmenschlich?, DW, 16.02.2022

[17] Afghanistan: "Dialog mit Taliban nötig und richtig", DW, 08.06.2022 und Conrad Schetter & Katja Mielke, Entwicklungszusammenarbeit: Den Afghanen helfen – trotz der Taliban, Um die Bevölkerung in Afghanistan zu unterstützen, sollte die internationale Gemeinschaft die

Entwicklungszusammenarbeit wieder aufnehmen, Qantara, 04.04.2023

Das Elend in Syrien darf nicht vergessen gehen!

Seite 13

siehe oben:

[9] Karin Leukefeld, Das Elend in Syrien darf nicht vergessen gehen!, GlobalBridge, 21. 6.2023

Quellenangaben siehe Hyperlinks in Originalfassung

Kubafeindlichkeit: Drohungen und Attacken müssen gestoppt werden!

Seite 16

https://amerika21.de/dokument/264592/interred-solarenergie-anlage-kuba

USA: Kuba-Solidaritätsaktivistinnen im Büro von Senator Menendez

Seite 17

https://amerika21.de/2023/06/264642/kuba-solidaritaet-bei-senator-menendez

Staffellauf für den Frieden

Seite 19

Eigene Übersetzung der Redaktion aus:

https://www.cammini.eu/blog/staffetta-della-pace